



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen: die dreispaltige Preistabelle 20 Pfennige, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitragsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Der sechste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Unterstützungsverein oder Kampforganisation. — Zum Verbandstag. — Proletarische Ostergedanken (Feuilleton). — Ein Akt brutaler Unternehmerröhrheit. — Korrespondenzen. — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen. — Beilage: Ein Trich der Berufsgenossenschaften. — Tariffchiedsgericht des Buchdruckerei-Hilfspersonals für Königsberg. — Korrespondenzen. — Kunstschau.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Cassel. Der Vorsitzende Georg Sauer wohnt: Weyerstr. 36, 3 Tr. links.

Karlsruhe. Die Adresse des Kassierers A o b. Laible ist jetzt: Kaiserstr. 127 V, wofelbst sich auch der Arbeitsnachweis befindet.

Solingen. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Heinrich Koblowski, Johannisstr. 11.

Stettin. Die Adresse des Kassierers F. Schirmer ist jetzt Breitestr. 47, 3 Tr.; vom 1. Mai ab: Klosterstr. 3, 4 Tr.

Der Verbandsvorstand.

Der sechste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands

findet am

Montag, den 22. Juni 1908,

in **Hamburg** im Gewerkschaftshause statt.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erlebigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.)

2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter C. Legien-Berlin. Beratung der Anträge betreffend: a) Allgemeine Agitation; b) Arbeiterinnen-Sekretariat. Berichterstatterin: F. Altmann. c) Agitation unter den Dienstboten. Berichterstatterin: S. Grünberg-Mürnberg. d) Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern. e) Streikunterstützung und Streikstatistik. f) Heimarbeiterschutz; g) Kommission zur Beseitigung des Koff- und Logiszwanges beim Arbeitgeber. Berichterstatter F. Blum-Berlin. h) „Correspondenzblatt“.

3. Bericht über das Zentral-Arbeitersekretariat. Berichterstatter: R. Schmidt-Berlin. a) Die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Berichterstatter: E. Lesche-Hamburg.

4. Die staatliche Versicherung der Privatangeestellten. Referent: F. Lange-Hamburg.

5. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. Referent: S. Bösch-Berlin.

6. Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent: D. Altmann-Hamburg.

7. Grenzstreitigkeiten.

8. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

9. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent: S. Wolfenbahr-Berlin.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 11. Mai 1908 an die Generalkommission einzuliefern. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 22. Juni 1908, morgens 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 27. Juni tagen.

Die Wahlen der Delegierten werden nach den von dem vierten Gewerkschaftskongress gegebenen Bestimmungen von den Vorständen der Zentralvereine ausgeschrieben werden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Berlin S O. 16, Engelufer 15.

Unterstützungsverein oder Kampforganisation!

Nun liegen sie uns ja vor in ihrer Gesamtheit, die verschiedenen Wünsche und Begehren an den IV. Verbandstag. Wenn es nun auch nicht angängig ist, eine weitläufige Auseinandersetzung über das Für und Wider der einzelnen Anträge in der Solidarität vorzunehmen, denn das wird ja bei den Verhandlungen in den ersten Juni Tagen dieses Jahres in München in ausgiebigster Weise geschehen, so möchte ich es doch nicht unterlassen, meine allgemeinen Eindrücke, die ich beim Verfolg der gestellten Anträge empfing und die vielleicht auch bei anderen wachgerufen wurden, der Kollegenchaft zu unterbreiten. Ich habe die Auffassung, daß das Verlangen der Mitglieder einzelner Zahlstellen, welches in materieller Beziehung an unsern Verband gestellt wurde, weit über das Erreichbare hinausgeht. Den Mitgliedern anderer Verbände, die zwei- und dreimal so viel Beiträge bezahlen wie wir, muß ja das Wasser im Munde zusammenlaufen, wenn sie die gestellten Anträge unserer Zahlstellen auf Ausbezahlung von Arbeitslosen-, Kranken- und Streikunterstützung zu Gesicht bekommen. Man braucht absolut kein Versicherungstechniker zu sein, und wird schon bei oberflächlichem Studium finden, daß wenn solchen hohen Unterstützungsfähigen Rechnung getragen, man auch zu gleicher Zeit Hand an das Marf des Verbandes legen würde. Allerdings ging der Verbandsvorstand mit gutem Beispiel voran und die Mitglieder sagten sich dann, wenn schon so hohe Unterstützungen von oben beantragt werden, dann können wir ruhig noch ein bißchen weiter gehen. Es ist ja schließlich jedem Einzelnen sein berechtigtes Verlangen, sein Geld im Verbands möglichst verzinslich anzulegen, aber dabei muß wohl oder übel noch darauf Rücksicht genommen werden, daß die Verzinsung mit den eingesakhten Beiträgen in vernunftgemäßer Weise in Einklang zu bringen ist. Man wird doch nicht behaupten wollen, daß es ein befriedigendes Verlangen genannt werden kann, wenn ein Mitglied jährlich 1040 Mk. Beiträge leistet, und fordert, daß für diese Leistung bei Ein-

tritt von Krankheit oder Arbeitslosigkeit der Verband verpflichtet ist, 52,50 Mk. an Unterstützung herauszugeben, von der Eventualität des Bezuges einer Streikunterstützung auf längere Dauer will ich hier gar nicht reden. Nun möchte ich nicht das Obium auf mich nehmen, als sei eine hohe Unterstützung unseren Mitgliedern nicht zu gönnen, gewiß, aber wir haben eben noch sehr viele Aufgaben zu lösen, wobei sehr wohl die Leistung der Kasse und der Mitglieder erwogen werden müssen. Ich meine, der Gedanke darf gar nicht feste Form annehmen, daß wir unsern Verband zur reinen Unterstützungskasse ausbauen, in erster Linie muß unser Verband noch für lange Zeit den Arbeitgebern als mächtige Kampforganisation gegenüber stehen. Was nützen uns tausende und aber tausende von Mitgliedern, wenn wir auf Grund von schlechten Kassenverhältnissen trotzdem allen scharfmacherischen Unternehmern preisgegeben sind. Haben nicht die letzten Monate gezeigt, wohin der Weg führt. Brutal, rücksichtslos, ja in höhrender Weise tritt besonders der Schuhverband der deutschen Steinbruckerbesitzer allen unsern Forderungen entgegen, bei den geringsten Differenzen, die in irgend einem Winkel Deutschlands entstehen, schwebt stets das Damoklesschwert der Aussperrung über unserm Haupte. Das kann und darf doch fürderhin nicht so bleiben, da möchte ich doch lieber sagen — besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Aber nicht nur die Scharfmacher im Steinbruckerwerke haben wir gegen uns, sondern in einer ganzen Reihe von Städten verfolgen auch die Buchdruckereibesitzer uns noch die Anerkennung, und wir werden noch viele und große Kämpfe bestehen müssen, um der schrankenlosen Ausbeutung unserer Arbeitsbrüder und Schwestern Einhalt zu gebieten. Daß die Tarif-Ein- und Durchführung in den meisten Städten ohne wesentliche Kämpfe vor sich gegangen ist, bietet uns noch lange keine Gewähr, daß dieses auch in Zukunft der Fall sein wird. Und daß selbst alle Tarife, die bis jetzt abgeschlossen wurden, insbesondere bezüglich der Lohnverhältnisse noch sehr verbesserungsbedürftig sind, wird kein ehrlich denkender Mensch bestreiten können. Ich möchte behaupten, wenn der Tarif, der jetzt bis 31. Dezember 1911 gilt, abgelassen ist, wird die Verbesserung und somit weitere Aufrechterhaltung desselben lediglich davon abhängig sein, wie der Stand unserer Klasse um diese Zeit ist, mit anderen Worten: Man wird unsere Forderungen erst dann respektieren, wenn wir finanziell so gestellt sind, daß wir im Ernstfälle auch einen längeren Kampf aufzunehmen imstande sind. Wenn aber Unterstützungen gefordert werden, die nicht einmal die Buchdrucker bei ihren ungleich höheren Beiträgen erhalten, so ist garnicht daran zu denken, daß wir jemals einen Kampffonds sammeln können, der es uns ermöglicht, im Interesse unseres Verbandes und seiner Mitglieder einen größeren Kampf aufzunehmen, zumal die Scharfmacherverbände ohnedies schon dafür sorgen werden, durch teilweise Aussperrung in einer für sie günstig gelegenen Zeit unsere Räume nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Gerade noch für die nächsten Jahre sollte unsere ganze Aufmerksamkeit

keit darauf gerichtet sein, die Ansammlung eines größeren Kampffonds zu ermöglichen und diesbezüglich vorläufig noch auf hohe Unterstüßungen verzichten. Ich weiß wohl, daß es bei dem Gros unserer Mitglieder, denen der weite Blick über die gegebene Situation fehlt, etwas für sich hat, wenn wir mit weitgehenden Unterstüßungen paradiesieren können; aber lassen wir doch nicht durch zu viel Materialismus den für eine Gewerkschaft unbedingt notwendigen Idealismus ganz an die Wand drücken. Die beste Unterstüßung, die wir für alle unsere Kollegen und Kolleginnen schaffen können, ist doch die, wenn wir bestrebt sind ihre niederen Löhne auf eine höhere Stufe zu bringen. Diese dauernde und gewissermaßen an keine Karenzzeit gebundene Unterstüßung läßt sich doch nur dann durchführen, wenn wir die nötigen Mittel zur Führung eines Kampfes im Besitze haben. Nie und nimmer aber, wenn die unsererseits auszubehaltenden Unterstüßungen die ganzen Einnahmen bis auf einen winzigen Bruchteil aufzehren. Treiben wir keine Vogel Strauß-Politik, indem wir die Köpfe in den Sand stecken und nicht sehen wollen, daß unsere sehr ernste Zeiten uns bevorstehen, die unsere Verbandskasse noch sehr in Anspruch nehmen werden. Es darf nicht mehr vorkommen, daß wir uns von den Scharfmachern alles aufbürden lassen müssen nur lediglich deshalb, weil wir nicht die nötigen Mittel besitzen, um ihre Macht zu brechen. Sind wir erst auf der einen Seite sichergestellt, dann können wir immer noch unseren Mitglieder analog dem Vorgehen anderer Verbände größere materielle Wünsche in Erfüllung bringen. Gewiß sind unsere jetzigen Pensionsverhältnisse infolge weiser Haushaltung der Zentrale und in Anbetracht unserer Mitgliederzahl keine schlechte zu nennen und haben wir in den letzten Jahren einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen gehabt, aber täuschen wir uns doch nicht darüber hinweg, eine größere Aktion können wir trotzdem nicht unternehmen. Teilen wir einmal die Gesamtsumme auf den Kopf der Mitgliederzahl, dann bekommt das Wils gleich eine andere Färbung, und es wird jedem sofort einleuchten, daß hier eine bessere Sanierung erfolgen muß. Fragen wir uns aber, ob dieses möglich ist, wenn die meisten der beantragten Unterstüßungen zur Auszahlung gelangen, so müssen wir offen sagen: Nein, selbst nicht mit noch 10 oder 20 Pf. mehr Beitrag als dieses für eine eventuelle 4. oder 5. Klasse schon beantragt ist. Viele Leser aus unseren Kollegenkreisen werden sagen: Das ist entsetzlich zu schwarz gemalt; ich meine aber, darum kann es sich garnicht handeln, sondern darum, daß diese Frage eingehend geprüft, unsere Mitglieder dahin erzogen werden, daß sie den Verband nicht nur lediglich als Versicherungs-

anstalt und ihre Mitgliedschaft nicht als solche eines Unterstützungsvereins betrachten. Im Gesamtinteresse unserer Kollegenchaft muß es unser aller Bestreben sein, dafür zu arbeiten, daß der Charakter einer Kampforganisation bei unserem Verbands nicht verwischt wird.
M i n c h e n . A l s . S c h m i d .

Bum Verbandsstag.

Eigentümliche Gefühle beschleichen den Gewerkschaftler, wenn er die bunte Musterkarte von Anträgen zu Gesicht bekommt, die unser diesjähriger Münchener Verbandsstag alle schluden soll. Wohl selten dürften einer Generalversammlung so vielseitige Wünsche unterbreitet worden sein wie dieser.

Ich glaube im Interesse des Verbandes zu handeln, wenn ich meine Ansicht über die Zweckmäßigkeit der verschiedenen Anträge an die Öffentlichkeit bringe. Ich hoffe, daß diese Zeilen dazu beitragen, noch manches Mißlingen und auch manchen Delegierten zur Einsicht beizubringen, was sich für eine moderne Kampforganisation schickt, wie weit man im Unterstützungswesen gehen darf.

Bei der Sichtung der zahlreichen Anträge mußte ich mich erkundt fragen, wie es möglich ist, daß alte Zahlstellen im Ernste den Antrag stellen konnten auf Einführung von Umzugsunterstüßung, Reiseunterstüßung, ja sogar Sterbegeld und Invalidenrente. Wir müssen uns doch zuerst unseres Hauptcharakters als Kampforganisation erinnern, und nur von diesem Standpunkte aus kann man über die Durchführbarkeit der einzelnen Unterstützungsbegehren entscheiden.

Die erste Pflicht einer Gewerkschaft, wenn sie sich als Kampforganisation fühlen will, ist die Unterstüßung ihrer Mitglieder im etwaigen Kampfe, die Streikunterstüßung. Wieviel Geld zu diesem Zwecke benötigt wird, das kann keine Organisation vorausbestimmen; wenn ein Streik oder eine Aussperrung eintritt, dann muß eben einfach das Geld zur Unterstüßung da sein, wenn der Kampf nicht verloren gehen soll. Darum in erster Linie dafür gesorgt, daß dieser ersten und einzig notwendigen Unterstüßungsbegehren die Mittel vorhanden sind.

Als nächstwichtiger Punkt folgt dann die Arbeitslosenunterstüßung. Die Arbeitslosenunterstüßung läßt sich in diese Klasse ebenfalls noch aufnehmen, da ja erfahrungsgemäß die rührigsten Mitglieder am häufigsten in der Lage sind, zu feiern, ohne direkt „gemäßigelt“ zu sein.

Mit dem Kampfcharakter überhaupt nichts gemein hat aber die Krankenunterstüßung. Diese möchte ich lediglich als agitatorisch wirkende Einrichtung betrachtet wissen.

Entschieden beurteilt müssen auch die Anträge auf Einführung von Sterbegeld oder Invalidenrente werden. Erstere haben weder mit dem Kampfcharakter der Gewerkschaften selbst oder auch nur mit dem Kapitalismus etwas zu tun; diese müssen deshalb für immer ausbleiben, letztere sind aus finanziellen Gründen vorläufig unmöglich.

Wenn neue Unterstützungsbegehren eingeführt werden könnten, so wären mir die sympathischsten die Reise- und Umzugsunterstüßung, soweit dieselben geeignet wären, die Arbeitslosenunterstüßung zu entlasten. Hier könnte allenfalls der Verbandsstag den Hebel ansetzen und den Verbandsvorstand beauftragen, in diesem Sinne Berechnungen anzustellen, damit vielleicht der nächste Verbandsstag diese neuen Zweige einführen könnte.

Als Hauptaufgabe des Münchener Verbandstages betrachte ich die Beschaffung von Mitteln für Streiks, die Stärkung unserer Kasse; d. h. der Verbandsstag muß in erster Linie die Beiträge erhöhen.

Da jedoch die Beiträge nicht gut allein erhöht werden können, so werden als Gegenleistung auch die bereits bestehenden Unterstüßungen erhöht, nicht aber umgekehrt: der Unterstüßungen wegen die Beiträge zu erhöhen. Ich glaube, daß in diesem Sinne auch der Verbandsvorstand seine Anträge gestellt hat. Jedenfalls möchte ich nicht so weit gehen wie München bei der Krankenunterstüßung, dafür aber die Arbeitslosenunterstüßung vernachlässigen. Es fragt sich nämlich noch, ob die Anträge des Verbandsvorstandes teurer kommen, oder die Anträge Münchens; denn auch die Münchener Zahlstelle hat sich meines Wissens gefragt, ob die Anträge des Verbandsvorstandes durchführbar sind oder nicht. In gleichem Atemzuge hat jene Versammlung aber einen Gegenantrag angenommen, der mindestens ebenso teuer kommt, aus obigen Gründen aber die Gelder zweckwidrig ausgegeben werden müßten.

Was die Krankenunterstüßung betrifft, so gebe ich zu, daß dieselbe aus agitatorischen Gründen ausgebaut werden soll und zwar in der Hauptsache in der Verlängerung der Unterstüßungsdauer bei einer Karenzzeit von 156 Beiträgen auf 8 Wochen mit vielleicht geringfügiger Erhöhung.

Auch im übrigen stehe ich auf dem Standpunkte des Verbandsvorstandes bezüglich der Klasseneinteilung, Beiträge und Arbeitslosenunterstüßung, letztere allerdings mit einigen Änderungen.

Also nur als Äquivalent für die Beitragserhöhung möchte ich die Erhöhung der Unterstüßungen durchgeführt sehen und in der Hauptsache als Agi-

Proletarische Ostergedanken.

Wir bestimmen die Zeit nach dem Wechsel der Jahre und lassen diese dem Lauf der Weltkörper an. Von Weihnachten zu Ostern, von Ostern zu Pfingsten und wieder zu Weihnachten — so zieht unsere Lebensdauer hin. Vielleicht vertiefen wir uns in die Menschheitsgeschichte und schließen aus dem Erforschten auf die Zukunft. Und was wir an Zeit erkennen, ist ein Stück Nichts, das im Wechsel von Werden und Vergehen zerstäubt zur unbegreifbaren Unendlichkeit. Eine graue, hoffnungslose Perspektive für den, der nur lebt, um sich und sein Geschlecht zu erhalten. Er wartet von Weihnachten zu Ostern, von Ostern zu Pfingsten, von Sonntag zu Sonntag; er bedarf der Feste und Feiertage, sich aufzumuntern und zu entschlagen. Im gläubigen Glauben haßt er nach unerreichten Freuden, deren Erfüllung über den Wolken im unendlichen Weltensraum vor sich gehen soll.

Der moderne Proletarier hat den alten Wunderglauben an Erlösung und Auferstehung abgestreift. Er sagt mit Goethe:

Ich kenne nichts Aermeres
Unter der Sonne, als auch, Götter!
Ihr nähret kümmerlich
Von Opfersteuern
Und Gebetshand
Eure Majestät!
Und darbet, wären
Nicht Kinder und Bettler
Spottungsvolle Toren.

Der organisierte, der vorwärtsdenkende Proletarier bedarf der Feste nicht, mit denen das Un-

beutertum ihm seine Klassenlage verschleiern möchte. Der elektrische Strom, das Stampfen der Dampfkolben, das Hämmern und Surren der Maschinen, das brutale Gebahren seiner sogenannten Arbeitgeber — der Kapitalismus mit seiner Lohnarbeit hat ihm das anezogene Christentum rabital ausgetrieben. Er weiß, seit ein paar tausend Jahren hallen über den Erdball die Kirchenglocken und verkünden das Messias, und fromme Rippen beten millionenfach: „Gib uns unser täglich Brot!“ und jeden Morgen treibt ihn die Sorge an die Körper und Geist vernichtende Lohnarbeit, und nimmer reicht der Lohn für sein tägliches Brot. Woher soll ihm da Osterfreude und Festestimmung kommen?! Ihm ist ein so licher Tag ein Feiertag, an welchem er neue Waffen für den Klassenkampf findet.

„Gewiß, auch uns durchflutet neues Hoffen und Drängen, wenn der tauende Frühling das erstarrte Walten des Winters weicht. Den wärmeren, lebenspendenden Sonnenstrahlen wollen und können auch wir uns nicht entziehen. Aber wir Proletarier sind in der heutigen Welt beurteilt, abseits zu stehen, wenn die Annehmlichkeiten und Schönheiten des Lebens verteilt werden. Zur unterdrückten Volksklasse gehörend, müssen wir, wollen wir emporkommen, auch die Gefühle und Empfindungen des sonnigen Lenzes für den Kampf um unsere Menschenrechte nützen. Und obendrein — es muß doch auch für uns Frühling werden, ohne Osterläut. Hier auf der realen Erde spendet uns Allmutter Natur den Frühlingsschaub. Und Ostern — haß! eine Sage, die bald verklungen wäre, brauchen sie nicht die herrschenden Klassen, um das Volk, den großen Bummel — wie Heine sagt — einzulullen . .

eine alte Sage, womit Kinder und Gläubige getrostet werden. Der Proletarier braucht keinen Trost — was er braucht, ist Selbstfreiheit für den Klassenkampf. Er hungert nach Lebensfreude für alles, was Menschenantlig trägt, und kann diesen Hunger in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht stillen. Er wirft sich an jedem Tage, an dem er von der Lohnarbeit verschmachtet, die Frage auf: für was er sein Leben einsetzt, um welchen Preis er sein Dasein der Gesellschaft opfern muß, und findet immer nur die eine Antwort: Arbeit ohne Lebensglück!

Alles ist Dein Werk! o sprich,
Alles, aber nichts für Dich!
Und von allem nur allein
Die bu schmiebst, die Kette, Dein!
Aus dieser Gewißheit schöpft er täglich den Trost, sich zur Wehr zu setzen, die Ketten zu sprengen, um in den Besitz seines Wertes zu gelangen.
Arbeit! Arbeit, die Spenderin allen Menschenglücks, Arbeit, aus der alle Kultur fließt, ihr muß das rechte Osterlied noch gesungen werden. Dereinst, wenn das organisierte Proletariat sein Gesellschaftsideal verwirklicht, wird sie aus der Verachtung erlösen und gefeiert werden. Dann feiern auch wir Proletarier das echte und rechte Osterfest . . . Heute gilt die Arbeit denen, die ihre Früchte genießen, als persönliche Schande, wenn sie mit ihr in Berührung kommen, und sie ist denen ein Fluch, die durch die Lohnsklaverei an sie gefesselt sind. Söhnen, allen Menschen wird sie zur Luft werden, wenn die Arbeitsmittel aus dem Privatbesitz in das Eigentum der Gesellschaft übergehen. Und wenn auch an diesem Ostermorgen Millionen Proletarier erwachen müssen angeblickt des sich ent-

tationsmittel, nicht aber die Unterstüßungen um ihrer selbst willen zu erhöhen.

Der Wahnwitz darf nie vergessen werden: Kollegen und Kolleginnen, stärkt Eure Kriegskasse!

Ein großer Teil unserer Mitglieder ist ja bis zum Jahre 1911 durch den Tarifabschluß vor einem etwaigen Streik gesichert; diese Zeit darf aber nicht verdröbelt werden, sondern in dieser Friedenszeit gilt es, neue Streitmittel anzusammeln, damit wir auch etwaigen größeren Kämpfen auf Grund unserer gut gefüllten Kasse mutig die Stirn bieten können!

Stuttgart.

A. S.

Ein Akt brutaler Unternehmervohheit.

In der Weltfirma C. G. Röder in Leipzig verunglückte am 28. März um 1/211 Uhr vormittags eine 18-jährige Auslegerin bei ihrer Arbeit am Kalander. Um 1/3 Uhr desselben Tages, als das Blut der Verletzten Hand noch nicht gestillt war, erhielt die Verunglückte folgendes Entlassungsschreiben: „Teile Ihnen hierdurch mit, daß ich Ihre Stelle besetzt habe.“ — Um 1/2 Uhr des gleichen Tages geriet der aufsichtsführende Hilfsarbeiter an derselben Maschine beim Umlernen einer neuen Bogenfängerin mit der rechten Hand zwischen die Walzen, so daß je ein Glied des Mittel- und Goldringes im Krankenhaus amputiert werden mußte. Als der Verunglückte um 1/5 Uhr aus der Marose erwachte, ließ ihm die Firma durch einen Boten seine Arbeitskleider und folgenden Brief überreichen: „Teile Ihnen hierdurch mit, daß Ihre Stelle besetzt ist, den heutigen Tag Lohn können Sie Freitag holen.“

Als vor einigen Jahren die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Firma zusammentraten, um zu beraten, wie sie ihre erbärmliche Lage verbessern könnten, da versuchte einer der anwesenden Faktoren, die Sache dadurch zu verschleppen, indem er die Versammelten bat, doch auf den Herrn Direktor des Betriebes Rücksicht zu nehmen. Derselbe befand sich zur Zeit im Süden, um seine rampo-nierten Nerven zu reparieren und es könnte ihm furchtbar schaden, wenn er den Aufregungen einer Lohnbewegung ausgesetzt werden würde. Nun fragen wir heute den Kommerzienrat Wolf, sind seine Nerven bereits so abgestumpft, daß er nicht mehr empfindet, welche Rohheit und Brutalität in den beiden oben geschilderten Vorfällen liegt?

fallenden Frühlings, gefesselt von den gesellschaftlichen Einrichtungen und Vorurteilen — der organisierte Proletariat soll wissen, daß sein Ringen um das dürstige Stück Brot zum Leben nicht ewig dauern wird, daß schließlich nach hartem, opferreichen, gewerkschaftlichen und politischem Kampfe seiner Klasse der Auferstehungsmorgen kommen muß.

Wir streiten mit den herrschenden Klassen um die Früchte unserer Arbeit. Ständen sie uns zur Verfügung, so hätte das Osterfest nicht die wirtschaftliche Bedeutung, als Abschluß einer langen und traurigen Winterszeit für uns. Nun tönt es uns wieder entgegen:

Christ ist erstanden!

Wo ist der Christus, der uns vor dem Hunger der Reichen schützt? Wo ist der Christus, der das Bleichen der Wangen unserer Kinder, das Gedächtnis unserer Frauen hindert? Welcher Engel wälzt dem Proletariat den Stein von des Grabes Pforte, daß es erstehen kann ans Licht zum Licht, aus Verdrückung zum Recht? Niemand. Kein Gott und kein Christ. Unser Gott, unser Christ, unser Helfer und Schirm — das sind wir, vereint mit dem Massenbewußten Proletariat der Erde, das sind unsere proletarischen Kampforganisationen!

Fürwahr, eine göttliche Weltordnung, in der wir das Osterfest begehen! Nach einem beispiellosen, industriellen Aufschwung die Krise, der Trag. Die Märkte sind gefüllt, die Lager vollgepfropft, in den Stahlfammern der Kapitalisten lagert das in Gold gemünzte Knochenmark der Arbeiter. Und diese, die Arbeiter? Hunderttausende liegen auf den Landstraßen, verfolgt von Bauernhunden und

Wir können uns dem Urteil des Arztes und der Pflegerin, die im Krankenhaus dem C. G. Röderschen Humanitätsanspruch beivohnten, anschließen, die unter Kopfschütteln erklärten: „Das ist eine Gemeinheit!“ Wir fügen hinzu, es war der Gipfel derselben!

Wir müssen aber ferner die Frage aufwerfen, hat die Gewerbeinspektion in jenem Betriebe bereits nach dem Rechten gesehen? Werden nun endlich Vorkehrungen getroffen, daß solchen Unfällen, wie sie sich bei C. G. Röder in erschreckender Weise häufen, vorgebeugt wird? Unsere Kollegenschaft aber, die dort ihre gesunden Knochen stündlich zu Markte tragen muß, hat die Pflicht, mit allem Nachdruck die Erfüllung der Arbeiterschutzgesetzlichen Bestimmungen zu verlangen. Dabei wird sie von der Organisation im vollsten Maße unterstützt werden, denn vom Unternehmer hat sie weiter nichts, wie die oben geschilderten Rücksichtslosigkeiten zu erwarten.

Auf Veranlassung des organisierten Hilfspersonals von C. G. Röder fand am Mittwoch, den 1. April, eine allgemeine Betriebsversammlung statt, welche von 400 Mitgliedern und Mitarbeiterinnen besucht war. Der Kollege Schulze hielt das einleitende Referat über die Aufsehen erregenden oben geschilderten Vorfälle, die in ganz Leipzig Stadtgespräch waren. Der Redner führt des weiteren an, daß genannter Druckerei erst vor zwei Jahren die Einwohnerschaft beunruhigte. Damals traten bei einer großen Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen plötzliche Vergiftungserscheinungen auf, die sogar einen bedenklichen Charakter annahmen. 7 oder 8 Personen wurden mittels Drozschfen und Sanitätswagen in das städtische Krankenhaus eingeliefert, eine größere Anzahl Erkrankte belagerten die Jahrbüchse unter Erbrehen. Die eingeleitete Untersuchung soll ergeben haben, daß die Erkrankungen auf den Genuß von Kartoffelsalat zurückzuführen waren. Diese Mahzheiten werden von dem dortigen Hausmeister verabreicht; für welchen Preis haben wir nicht nachgeforscht. Jedenfalls gehört auch diese Einrichtung zu den bekannten Wohlfahrtsrichtungen, über welche jeder Eingeweihte bloß spöttisch die Achsel zuckt. Ein weiteres auffälliges Verhalten der Weltfirma Röder kritisiert der Redner von der Steinbrücker-Ausperrung 1906. Die tonangebende Musikalien-druckerei Röder sperrte selbst unbequeme Notendrucker aus, trotzdem diese seit 1905 einen besonderen Tarif hatten, genau wie Chemigraphen und Lichtdrucker, die man diesmal hiervon verschonte. Noch brutaler erging es dem Notendruckerhelfpersonal. In allen Betrieben wurde vom Personal bekannt gegeben: Nach Been-digung sollen alle wieder ihre Plätze einnehmen. C.

Wütteln, verfolgt, weil —? na, weil sie zu fleißig gearbeitet, zu viele Schätze erzeugt haben und nicht stark genug organisiert waren, einen größeren Preis für ihren Fleiß vom Unternehmertum erzwingen zu können. Das, was man ihnen von den Früchten ihrer Arbeit vorenthielt, füllt jetzt die Speicher und macht ihre Erzeuger brot- und heimatlos. Wirklich eine göttliche Weltordnung! Und den Proletariern, die noch das „Glück“ begehnten, für das Kapital zu fröhnen, erteilt nun das organisierte Ausbeutertum doppelte und dreifache Stockschläge auf den Magen. Kürzung des Lohnes, Verlängerung der Arbeitszeit, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder — Generalaus-sperrung! Das läuten heuer die Osterglocken dem Proletariat. Aber in den Kirchen singt man darum mit um so mehr Andacht:

Du fröhliche, o du selige,
Gnabenbringende Osterzeit!

Das Proletariat wird mit des Lenzes Namen und Wesen am großen Werk der Menschheitsbefreiung noch fleißiger arbeiten. Das Proletariat wird die Sturmglocken schwingen, daß sie das Osterläuten überdröhnen und den Arbeitsbrüdern, die noch schlafen, zurufen:

Der Frühling naht mit Drausen, er rüstet sich zur Tat,
Und unter Sturm und Saufen grünt schon die junge Saat.
Drum wach, erwach', du Proletariertind,
Daß dich der Lenz, der Völklerenz, nicht schlafen finst!

C. R.

C. Röder entließ Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen unter Vorausbezahlung der Kündigungsfrist, damit diese keinerlei Verbindung mit dem übrigen Personal haben; auf WiederEinstellung hatte auch niemand zu rechnen. Auch dieses Vorgehen steht in Leipzig einzig da.

Der Vorsitzende der Leipziger Steinbrücker und Lithographen, Pfeiffer, sowie der Vorsitzende der Buchdrucker, Engelbrecht, ergänzen durch andere Beispiele die Ausführungen des Referenten mit dem Hinweis, daß auch dieses Vorkommnis nur ein Glied in der Kette bilde. Mit schuldig an solchen brutalen Maßnahmen sind eine große Zahl Arbeiter, welche den Gewerkschaften nicht nur gleichgültig, sondern feindselig gegenüberstehen. Solche Taten kann man nur von Faktoren erwarten, welche als Agitatoren für gelbe Gewerkschaften nach Ruhm und Lorbeerren trachten und dies trifft sehr deutlich für mehrere Rödersche Faktoren zu.

Das Ergebnis der Versammlung war nachfolgende Resolution:

„Die am 1. April 1908 im Pantheon zu Leipzig tagende gut besuchte Versammlung des Personals der Firma C. G. Röder nimmt mit Ent-rüstung Kenntnis von der inhumanen (unmenschlichen) Handlungsweise des Abteilungs-vorsetzers Hoffmann, der zwei im Betriebe Verunglückten am Tage des Unfalles schriftlich die Auflösung des Arbeitsverhältnisses mitteilte. Die 400 versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma C. G. Röder erwarten von den Inhabern eine genaue Untersuchung dieses unerhörten Vorfalles und werden sich in einer der nächsten Versammlungen nochmals mit der schwebenden Angelegenheit beschäftigen.“

Diese Resolution fand einstimmig Annahme. Das Versammlungsbureau der Hilfsarbeiterorganisation hatte diese Resolution der Firma zu übermitteln. In der Mitgliederversammlung am 4. April gab Kollege Schulze die loben eingetroffene Antwort von C. G. Röder bekannt:

„Herrn C. Schulze, Vertreter usw.

In Beantwortung Ihrer Zuschrift vom 2. April d. J. sprechen wir unser Bedauern aus, daß die Kündigung der beiden am Kalander Verunglückten seitens unseres Faktors Hoffmann in dieser Weise erfolgt ist und haben wir Herrn Hoffmann unsere Mißbilligung darüber ausgesprochen.

Herr Hoffmann entschuldigt sich, daß er durch Mitteilungen von den Herrn Helzig ausgesprochenen Rohheiten bei Gelegenheit des ersten Unglücks und durch die Art und Weise seines eigenen Unfalles selbst so erregt worden sei, daß er diese schnelle Kündigung vorgenommen habe.

Wir wollen zur Entschuldigung des Herrn Hoffmann anführen, daß er vor kurzer Zeit die Weisung erhalten hatte, in Krankheitsfällen, wo die Genesung nicht abgewartet werden kann oder der Arbeitsplatz sofort wieder besetzt werden muß, nicht zu vergessen, rechtzeitig zu kündigen. Die Befolgung unserer Anweisung in der geschehenen Form lag aber nicht in unserer Absicht und haben den beiden Verunglückten heute die Nachricht zugehen lassen, daß sie nach ihrer Heilung wieder nachfragen sollen; wir würden sie, wenn geeignete Arbeitsplätze vorhanden sind, von neuem wieder einstellen.

Schachtungs-voll

C. G. Röder, G. m. b. H.

Karl Reichel.“

Zum weiteren Verständnis für dieses Vorkommnis wollen wir ergänzend hinzufügen, daß sich ein großer Teil des Röderschen Hilfspersonals der Steinbrücker-Abteilung seit Anfang März in Lohnverhandlungen befindet, die Firma jedoch unter dem 20. März fast alle berechtigten Forderungen wegen tarifwidriger Bezahlung schriftlich ablehnte. Das angerufene Schiedsgericht jedoch beurteilte die Firma in fast allen Punkten nach dreistündiger Verhandlung, und zwar einstimmig, zum Nachteil. Die Tariffestung fand am Freitag, den 27. März, statt. Am nächsten Sonnabend, den 28. März, verunglückten der Kollege und die Kollegin, welche beide unter dem Tarif bezahlt wurden. Jedenfalls wird sich die Verusgenossenschaft bei Festsetzung der Rente noch näher mit der Befolgung solcher gefährlicher Maschinen befassen.

Korrespondenzen.

Chemnitz. Versammlung vom 10. April. Ueber das Thema: „Der bevorstehende Verbandstag in München und seine Bedeutung“ referierte Gewerkschaftssekretär Genosse Held. Der Referent legte den Kollegen den Zweck des Verbandstages klar, dabei hervorhebend, daß der Verbandstag die letzten drei Jahre Revue passieren läßt, um die Lücken, die sich gezeigt, auszufüllen und die Organisation immer mehr auszubauen. Redner betraug die Statuten, die Arbeitslosen-, Kranken-, Streik- und Maßregelungsunterstützung und empfiehlt, die Vorschläge des Verbandsvorstandes, als die weitgehendsten, anzunehmen. Abschließend zeigte Redner ein Bild von der kapitalistischen Arbeiterfeindschaft, indem sie Krankenzuschuß- oder sonstige Spar- und Unterstützungsvereine gründet, wie auch solche jetzt schon in einer Anzahl von größeren Betrieben bestehen, die den Zweck haben, die Arbeiter zu ködern, sie durch einige Geldspenden der Unternehmer an die Wohlfahrtsvereine zu fesseln, damit sie auf eine energische Interessensvertretung Verzicht leisten. Reicher Beifall lobte dem Redner. Zur Wahl eines Delegierten zum Verbandstag in München entspann sich eine lebhafteste Debatte. Die Handhabung des Zentralvorstandes gegenüber der Zahlstelle Chemnitz-Burgstädt, das einfach 456 Beiträge für 66 Mitglieder gerechnet werden, während wir 456 Beiträge auf 56 Mitglieder in Chemnitz und 140 Beiträge für Burgstädt auf 11 Mitglieder gezahlt haben, ist ungerecht. Auch wurde das Verhalten der Verwaltung gegenüber dem Zentralvorstand gut geheißen auf Grund des § 29 Abs. 3 des Statuts. Als Delegierter wurde Kollege Kündner einstimmig gewählt. Der Vorsitzende rügte noch das Verhalten einiger Kollegen und Kolleginnen, welche immer die Versammlung schwänzen. In Abwesenheit beider Schriftführer wurde Kollege Weise mit dem Versammlungsbericht beauftragt. Nach Erledigung interner Angelegenheiten und unter dem Hinweis, die Versammlungen besser zu besuchen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Erismuthau. Die Versammlung am 12. April war leider schwach besucht. Wenn auch das Wetter nicht besonders günstig war, hatten doch die Mitglieder die Pflicht zu erscheinen, im Interesse der Sache selbst. Zunächst beschäftigte man sich mit dem Verbandsorgan. Da die Versammlungsberichte wegen Stoffmangel zurückgestellt werden müssen, ist man allgemein der Ansicht, daßselbe bis zum Verbandstage achtätig erscheinen zu lassen; dem Verbandsvorstand ist hier von Mitteilung zu machen. Im Interesse der Verbandskasse wird beschlossen, nur einen Delegierten zum Verbandstage zu entsenden; vorgeschlagen und gewählt wird hierzu Kollege Max Vogel. Einen ausführlichen Bericht über die letzte Kartellversammlung gibt Kollege Götze. Besonders wichtig ist der Beschluß der Generalkommission über die Abhaltung der Maifeier zwecks Unterstützung Gemahregelter aus den bestehenden Ortsklassen. Eine dem entgegenwirkende Resolution des Gewerkschaftsartells Frankfurt a. M. findet einstimmige Annahme. Unter diesjähriges Frühjahrsbergnügen, an welchem die Altenburger und Zwickauer Kolleginnen und Kollegen teilnehmen, soll am Sonntag, den 22. Mai, abgehalten werden; der Vorstand der Zahlstelle ist einzuladen. Ein Antrag des Kollegen Blumenritt, die Wahl einer Agitationskommission vorzunehmen, wird gegen eine Stimme abgelehnt, da hier am Orte das Vertrauensmännerthum eingeführt ist, was für unseren Ort genügt. Der Vorsitzende appellierte in kurzen kräftigen Worten an die Anwesenden, nach besten Kräften mit in die Agitation einzutreten, damit unsere Zahlstelle die alte Höhe wieder erreicht und die uns noch fernstehenden gewonnen werden. Hierauf gemüthliches Beisammensein.

Stettin. Am 22. März fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Dieselbe wurde um 3½ Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Auf der Tagesordnung stand als Hauptpunkt das ablehnende Verhalten des Hauptvorstandes zu unserem Tarif. Es war zu diesem Zwecke Kollege Bucher aus Berlin erschienen. Nachdem das Protokoll von der vorigen Versammlung gelesen und für richtig befunden war, verlas der Vorsitzende die Erklärung des Hauptvorstandes, worin derselbe dem Tarif seine Bestätigung versagt. Hierzu nahm Kollege Bucher das Wort. In einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat erklärte er die Unmöglichkeit eines solchen Tarifes, da derselbe nicht nur uns, sondern auch der Allgemeinheit schadet. In Leipzig wurden seinerzeit die Allgemeinen Bestimmungen festgelegt und ist das das Grundgesetz für den Tarif. Es sind in kurzer Zeit bis jetzt in 16 verschiedenen Orten Tarife abgeschlossen worden, die alle dieses Grundgesetz anerkennen haben, nicht so in Stettin. Der Hauptvorstand hat sich von Anfang an um Stettin bekümmert und wollte auch, da er die Praxis der Prinzipale kennt, an den Ver-

handlungen teilnehmen, wurde aber von den Prinzipalen abgelehnt und zwar aus dem Grunde, um mit der Tarifkommission leichteres Spiel zu haben. Dies haben sie im vollsten Maße bewiesen. Nicht nur, daß die Herren die Allgemeinen Bestimmungen teilweise ganz umgeändert haben, haben sie auch solche Bedingungen gemacht, welche uns langsam, aber sicher herunterbrücken können. Redner geht die einzelnen Veränderungen in den Allg. Best. durch und führt den Beweis, daß durch die getroffenen Abmachungen nur Verschlechterungen eingetroffen sind. Es sind ganze Abfälle von großer Wichtigkeit ausgelassen oder andere hineingesetzt. Die Löhne des weiblichen Personals sind Schundlöhne, die den Tarifabschluß geradezu lächerlich erscheinen lassen. Ist der Tarif für uns schon beschämend, so macht er sich unmöglich dadurch, daß Prinzipale in anderen Städten, z. B. Breslau, nach dieser Art Tarife abschließen wollen. In der Diskussion gibt Kollege Glummert zu, Fehler gemacht zu haben, die sich nicht mehr gut machen lassen, denn schon das Wort ausschließlich im § 1 hat sich die Stettiner Verlagsanstalt zunutze gemacht. Kollege Gronke meinte, die Prinzipale hätten deswegen solche Bedingungen stellen können, weil es bei uns an der richtigen Leitung gefehlt hätte. Kollege Bucher erwidert, daß man der Lohnkommission keine Schuld geben könnte, denn wenn der Hauptvorstand bei den Verhandlungen gewesen wäre, dann wäre ein solcher Tarif nicht zustande gekommen, deshalb müßte derselbe geändert werden. Hierbei gar keinen Tarif, als wie solchen. Kollege Glummert entschuldigte sich wegen der niedrigen Löhne für das weibliche Personal damit, daß den Kolleginnen bei der Verhandlung selbst nichts gesagt hätten und er die Verhältnisse der Kolleginnen doch nicht so gut kenne. Es lief von seinen der Versammlung hierauf folgende Resolution ein: „Die heute im Lokale des Herrn Südkie tagende Versammlung der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ist nach vorhergehender Klarlegung des abgeschlossenen Tarifes zu der Ueberzeugung gelangt, daß dieser Tarif, welcher für die Kollegenschaft eine Verschlechterung gebracht hat, unter keinen Umständen anerkannt werden kann und ist mit der Erklärung des Verbandsvorstandes einverstanden.“ Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende sodann die Versammlung.

Anmerk. d. Red.: Eine ausführliche Behandlung der Stettiner Tarifangelegenheit wird in nächster Nummer erfolgen.

Stettin. Am 5. April fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dieselbe wurde um 6 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Das Protokoll von der vorigen Versammlung wurde gelesen und für richtig befunden. Der Vorsitzende erklärte, daß sich jetzt noch kein Bericht von Berlin eingetroffen sei. Hierauf verlas er den Jahresbericht. Es fanden 13 Versammlungen statt, darunter 1 öffentliche, in welcher Kollege Thiede sprach und eine außerordentliche, in welcher Kollege Bucher anwesend war. Ferner hatte Kollege Glummert 51 Briefe erhalten und 54 Briefe weggeschickt. An Vergnügungen fanden statt 2 Ausflüge, 1 Stiftungsfest und 1 Maskenball. Hierauf folgte der Jahresbericht des Kassierers. Nachdem die Richtigkeit von den Revisoren bestätigt war, wurde dem Kollegen Decharge erteilt. Sodann wurde die Vorstandswahl vorgenommen und leitete derselbe folgendermaßen zusammen: Kollege Glummert 1. Vorsitzender, Kollege Dumke 2. Vorsitzende, Kollege Schirmer Kassierer, Kollege Kühler 1. Schriftführer, Kollege Ehr. Eichmann, 2. Schriftführerin. Als Revisoren wurden der Kollege Eichert und Kollegin Fr. Glashagel gewählt. Kollege Gronke beantragte, dem Kassierer 2 M. mehr zu bewilligen, und wurden dieselben nach einer längeren Debatte gewährt. Als Delegierter nach München wurde einstimmig Kollege Gronke gewählt. Kollege Karstadt legte sein Amt als Druckerkassierer nieder und wurde hierfür Kollege Keil gewählt. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß am 30. April vom Bildungsausschuß ein Theaterabend stattfindet und ladet die Kollegen und Kolleginnen dazu ein. Er ermahnte nochmals zur regen Agitation. Mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle Stettin schloß der Vorsitzende die Versammlung um 7½ Uhr.

Literatur.

Lesen ist Kulturbedürfnis. Die machtvolle Ausbreitung der Arbeiterpresse bezeugt es. Der Vermste liest. Er liest auch zur Unterhaltung. Die Frauen der Arbeit, die Mädchen, die reizere Jugend, sie alle wollen in ihren kargen freien Stunden Nahrung für Geist und Gemüt. Die Phantasie verlangt ihr Recht. Sie darf es und soll es. Aber sie darf nicht wahllos mit einem beliebigen Papier gesättigt werden. Sie soll sich nicht den Schund, soll sich nicht die Hinterreprezentur aufschmeißen lassen, mit der bürgerliche Kolporture in Arbeiterkreisen hau-

fieren gehen! Die aufgeklärte Arbeiterschaft hat auch hier ein eigenes Organ: die illustrierte Romanzeitung „In Freien Stunden“. Für 10 Pf. wöchentlich bringt sie ein 24 Seiten starkes Heft mit reichhaltigem, sorgfältig ausgewähltem Inhalt. Gegenwärtig erscheint in den „Freien Stunden“ der außerordentlich interessante Roman aus der großen französischen Revolution: „Das Einzug“, die Geschichte eines leibeigenen Bauern, der seine Feiniger aus nächster Nähe kennen gelernt hat und den Ausbruch der gewaltigen Empörung mit erlebte. Ein weltgeschichtlicher Hauch durchweht diese Erzählung, die durchglüht ist von Freiheitsliebe und Liebe zu den Unterdrückten. — Die „Freien Stunden“ bringen ferner einen prächtigen Seeroman: „Steuermann Holbsworth“, der besonders die weiblichen Leser durch die Schilderungen der Erlebnisse einer jungen Seemannsfrau fesseln wird. Andere Erzählungen gehen nebenher. — Besonderen Wert legen Verlag und Redaktion auf die illustrative Ausstattung der Romane. Der Münchener Maler Damberger hat eine Reihe künstlerischer Bilder zu den Hauptromanen geschaffen. Wir empfehlen allen unseren Lesern und Leserinnen, auf die Romanbibliothek „In Freien Stunden“ zu abonnieren. Alle Parteibuchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, ist heute eine Broschüre: **Die preussischen Landtagswahlen** von Dr. Leo Arons, erschienen. Gen. Arons gibt in derselben einen Ueberblick über die wichtigsten Eigentümlichkeiten des preussischen Wahlrechts, sowie eine übersichtliche Zusammenfassung der gesetzlichen Bestimmungen.

Briefkasten.

Strasburg. Die neue Adresse des Vorsitzenden konnte in dem Bericht nicht entziffert werden. Bitte um nochmalige Mitteilung. — **Frankfurt a. M.** Manuskripte müssen mit Xinte geschrieben sein. — **Karlruhe.** Der Bericht vom 9. März enthält in der Hauptsache Verbandsanträge, die aber nicht mehr veröffentlicht werden können, weil die vorgeschriebene Frist nicht innegehalten wurde; daher abgelehnt.

Anzeigen.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend, den 2. Mai, abends 6½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im Saale des Pantheon, Dresdenerstr. 20.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Die Handhabung und Wirkung des neuen Vereinsgesetzes.
 2. Vierteljahresbericht.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 4. Beschluß zur Himmelfahrtspartie.
- Um pünktliches Erscheinen und zahlreichen Besuch ersucht die

Ortsverwaltung Leipzig.

Am 3. April verschied nach schwerer Krankheit unser Mitglied, die Kollegin

Wilhelmine Baudyn.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
die Zahlstelle Bremen.

Am 5. April verschied nach schwerem Leiden unser Mitglied der Schiefer

Johann Bauer

im Alter von 27 Jahren an der Proletariatskrankheit.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
die Zahlstelle Nürnberg-Fürth.

Am 6. April verstarb unsere langjährige Verbandskollegin

Helene Ruprecht

(aus der Firma Wezel & N.)

im Alter von 26 Jahren.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihr
die Mitgliedschaft Leipzig.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 8.

Berlin, den 18. April 1908.

14. Jahrgang.

Ein Trick der Berufsgenossenschaften.

Bekanntlich wird bei den der Unfallversicherung unterstehenden Arbeitern die Unfallrente nach dem im letzten Jahre vor dem Unfälle verdienten Jahresarbeitsverdienste bemessen. Bis jetzt weiß man nur davon, daß die Berufsgenossenschaften, wenn einmal eine Rente ausgeworfen und bezahlt werden muß, diese wieder mit allen Mitteln herabzusetzen oder gar zu entziehen suchen. Es ist ja hinlänglich bekannt, mit was für Spitzfindigkeiten die Berufsgenossenschaften arbeiten, um diese an und für sich minimalen Leistungen, zu denen sie dem Verletzten gegenüber verpflichtet sind, auf das minimalste Maß herabzusetzen. Ein anscheinend neuer Trick, dieses Ziel zu erreichen, wird aber von der Berufsgenossenschaft für das Buchdruckgewerbe, Sektion VII, angewendet. Es verdient tiefer gegangen zu werden, um zu zeigen, daß auch das Kleinste nicht unverzogen gelassen wird, um den Vorteil der Berufsgenossenschaft und den Nachteil der Verletzten wahrzunehmen.

Ist ein Unfall eingetreten, so meldet der Unternehmer diesen der Berufsgenossenschaft, der Verletzte stellt seine Ansprüche bei derselben und harret nun der Dinge, die da kommen sollen. Die Berufsgenossenschaft sendet dann gewöhnlich an den betreffenden Unternehmer ein Deklarationsformular, auf dem der letzte Jahresarbeitsverdienst des Verletzten anzugeben ist. Nun enthält dieses Formular obiger Berufsgenossenschaft in hervorgehobenem Drucke die Bemerkung, daß Ueberstundenverdienste in den Lohn nicht eingerechnet werden dürfen. Sie beruft sich hierbei auf den § 10 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes. Dieser § 10 enthält nun aber keine Silbe darüber, daß dies nicht der Fall sein darf. Sondern im Gegenteil wird in diesem Paragraphen im Absatz 1 auf den § 6 hingewiesen, der besagt, daß „als Gehalt oder Lohn im Sinne dieses Gesetzes auch gelten: Lantien, Naturalbezüge und sonstige Bezüge, welche den Versicherten, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, gewährt werden“.

Da nun bei der Rentenberechnung sowieso nur zwei Drittel des wirklichen Arbeitsverdienstes zur Berechnung kommen, der 1500 Mk. überschneidende Betrag aber nur mit einem Drittel in Anrechnung gebracht wird, so ist diese Außerbetrachtung des Ueberstundenverdienstes um so verwerflicher und durchaus ungesetzlich. Hier ist bewiesen, daß die Berufsgenossenschaften nicht nur die kleinsten Vorteile für sich zum Nachteil der Verletzten aus dem Gesetze herausfinden, sondern sogar solche Nachteile hineinlegen. In den allermeisten Fällen wird selbst der humanste und liberalste Unternehmer keinen Zweifel an der Richtigkeit der von der Berufsgenossenschaft angeführten Bestimmung hegen. Denn die Berufsgenossenschaft muß es ja wissen, die geht ja fortwährend mit diesen Gesetzen um. Der Verletzte aber wird, wenn er überhaupt das Formular mit dem betreffenden Passus zu Gesicht bekommt, ebenfalls keinen Zweifel dargehen und sich bücken lassen; wenn er aber dennoch stutzig wird, stehen ihm gewöhnlich die einschlägigen Gesetzbücher nicht zur Verfügung. In allen Fällen sollte der Verletzte auch bei anscheinend klar liegenden Unfallsachen nicht veräumen, den Rat sachkundiger Personen, wie sie durch die Arbeitersekretariate gegeben sind, einzuholen.

Die Arbeiter der Berufe, die der Buchdruckerberufsgenossenschaft unterstehen, sind zum größten Teile Saisonarbeiter, die in der Zeit des Hochdrucks oft mit Ueberstundenverdienst rechnen und rechnen müssen; schon aus dem Grunde, als in der Zeit der Flaute größere oder geringere Arbeitslosigkeit nie ausbleibt. Daß da bei dem Berechnungsmodus der Buchdruckerberufsgenossenschaft

der Verletzte nicht unempfindlich geschädigt wird, ist ohne weiteres einleuchtend. Die Deklarationsformulare aber kommen dem Verletzten überhaupt nicht oder in den allerersten Fällen in die Hände, so daß er einer derartigen unrichtigen Angabe des Arbeitsverdienstes absolut machtlos gegenübersteht. Es entzieht sich meiner Kenntnis, inwieweit dieser Trick auch von andern Berufsgenossenschaften angewendet wird, daß er aber angewendet wird, ist ebenso traurig als wahr.

Die einzige Möglichkeit des Arbeiters, sich hier vor zu schützen, besteht darin, daß er über seine Einnahmen genau Buch führt. Jede Woche in sein Notizbuch oder Arbeiternotizkalender seinen Lohn einträgt, natürlich zusätzlich aller Kassen-gelder, um stets in der Lage zu sein, die ausgeworfene Rente einer Kontrolle zu unterziehen. Ist er geschädigt, steht ihm der Klagenweg offen, und den zu beschreiten, sollte kein Verletzter veräumen. Weizig. Gustav Krüger.

Tarifschiedsgericht des Buchdrucker-Hilfspersonals für Königsberg.

Sitzung am 27. Februar 1908.

Zur Verhandlung steht die Klage zweier Anlegerinnen gegen eine größere Königsberger Druckerei auf tarifmäßige Entlohnung vom 1. Januar 1908 ab.

Sachverhalt: Die eine der Klägerinnen ist vom 28. September 1903 bis 20. Juli 1905 als Schnellpressen-Anlegerin bei drei verschiedenen Firmen ununterbrochen tätig gewesen. Von diesem Tage bis zum 3. September 1906 war sie infolge Arbeitsmangel nicht im Berufe beschäftigt. Am letztgenannten Tage gelang es ihr wieder bei der beklagten Firma als Schnellpressen-Anlegerin eingestellt zu werden und ist jetzt noch dort tätig. Sie war also bei Inkrafttreten des Tarifes am 1. Januar 1908 insgesamt 3 Jahre und 2 Monate im Berufe tätig und glaubt dadurch Anspruch auf den im Tarife für mehr als dreijährige Berufstätigkeit festgesetzten Lohn von 10 Mk. wöchentlich zu haben.

Im zweiten Falle trat die Klägerin am 18. September 1903 als Bogensängerin bei beklagter Firma in Stellung, wurde aber schon zu Ostern 1904 auf Anweisung des Geschäftes mit Anlegen an der Schnellpresse beschäftigt. Wenn diese Beschäftigung, und zwar bis zum 18. September 1904 in erster Zeit nur selten die Hälfte des Tages ausfüllte, so wurde sie jedoch von diesem Zeitpunkte ab mit der zweiten an der Maschine beschäftigten Arbeiterin hinsichtlich der Arbeit vollständig gleichgestellt. Sie datiert deshalb ihre Zeit als Anlegerin vom 18. September 1904 und beträgt demnach ihre Beschäftigungsdauer 3 Jahre und 3 Monate, wofür sie laut Tarif einen Wochenlohn von 10 Mk. zu beanspruchen hat.

Der Beflagte wendet im ersten Falle ein, daß die im Arbeitsbuch vermerkten Daten allerding den Tatsachen entsprechen, jedoch sei zu berücksichtigen, daß die Klägerin vom 29. Juli 1905 bis 3. September 1906, also zirka 13 Monate, nicht im Berufe tätig gewesen ist und ihre Leistungen bei ihrem Eintritt herab mangelhaft waren, daß er sie erst von diesem Tage an als Lernende habe betrachten können. Im zweiten Falle befreit der Beflagte, daß die Klägerin schon zu Ostern 1904 mit Anlegen beschäftigt wurde und behauptet, daß dies frühestens 1905 geschehen ist.

Die Beweisaufnahme ergibt im ersten Falle, daß wohl in den ersten Tagen eine durch die Berufsunterbrechung erklärliche Minderleistung der Klägerin zu konstatieren gewesen sei, jedoch hätte einem Lehrling eine derartige Leistung wie die von ihr verlangte nicht übertragen werden können.

Außerdem ist die Klägerin zu einem Lohnsatz eingestellt, der dem der älteren Anlegerinnen gleichsam. Zum zweiten Male wurde durch eine Zeugin festgestellt, daß die Angaben der Klägerin den Tatsachen entsprechen.

Entscheid (einstimmig): Die Forderungen der beiden Klägerinnen werden als berechtigt anerkannt. Die Firma wird zur Nachzahlung der Beträge verpflichtet.

Begründung. Zu Fall 1: Es ist daran festzuhalten, daß eine Unterbrechung des Berufsverhältnisses nicht zu einer Reduzierung des tariflichen Lohnsatzes führen darf. In solchen Fällen ist stets die frühere Berufstätigkeit voll in Anrechnung zu bringen.

Zu Fall 2: Als Anfangsdatum der Lehrzeit gilt derjenige Tag, an welchem die Betreffende seitens des Geschäftes die Anweisung zum Anlegen erhält.

Korrespondenzen.

Augsburg. Außerordentliche Generalversammlung am 15. März 1908. Dieselbe war sehr gut besucht. Aufgenommen wurden 10 Mitglieder. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls erfolgte die Neuwahl der beiden Vorsitzenden. Gau-leiter Albert Schmid, der nach Augsburg berufen worden ist, erwähnte hierzu, daß von mehreren Mitgliedern gegen die Wahl in der letzten Generalversammlung Protest erhoben wurde und daß auch innerhalb der Verwaltung immer Streitigkeiten und Meinereien herrschen, so erachtet er es für nötig, die heutige Wahl in geheimer Abstimmung vorzunehmen. Kollege Schick wurde wieder einstimmig gewählt als 1. Vorsitzender; Kollege Wobenshart legte den 2. Vorsitz nieder und an dessen Stelle wurde Kollege Matausch gewählt. Zum 2. Schriftführer wurde die Kollegin Klein bestimmt. Hierauf gab der Delegierte Kollege Matausch den Parteibericht in sehr ausführlicher Weise; er forderte auch noch die Anwesenheit auf, die am Mittwoch den 18. März im Saalbau Herrle stattfindende Gedenkfeier der im Jahre 1848 gefallenen Freiheitskämpfer demonstrativ zu besuchen. Beim 4. Punkt gab Gauleiter Schmid einen sehr ausführlichen Situationsbericht über die Lohnbewegung in den Buchdruckereien und daß er sowie Kollege Schick am 24. Februar beim Vorsitzenden der Prinzipale vorstellig wurden. Derselbe versprach nochmals eine Versammlung der Buchdrucker-Beisitzer einuberufen, diese tagte am 13. März und das Antwortschreiben lautete wieder ablehnend, es ist daraus wohl klar zu sehen, daß die Prinzipale mit uns in Verhandlungen treten werden, aber ganz genau informiert sind, daß ein großer Teil von ihrem Hilfspersonal nicht organisiert ist und deshalb ist nicht für nötig erachtet, mit uns einen Tarif abzuschließen. Kollege Schmid behauptet sehr, daß ein noch großer Prozentsatz der Augsburger Kollegen sich so interessenlos ist und noch immer von einer gewissen Angst befangen, es sei ihr Seelenheil in Gefahr, wenn sie sich organisieren. In der eingehenden sehr lebhaften Diskussion wurde der Beschluß gefaßt, die ganze Lohnbewegung einige Monate zurückzustellen, um während dieser Zeit einen kräftigen Ausbau unserer Organisation vorzunehmen. Gauleiter Schmid betonte, daß diese Agitationsarbeit nicht allein die Verwaltung vollbringen kann, denn es ist Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, daran fest mitzuwirken. Sodann wurde die Wahl des Delegierten zum Verbandstag vorgenommen. Kollege Schick wurde als Delegierter einstimmig gewählt, als Ersatz Kollege Matausch. Nach Erledigung noch einiger interner Verbandsangelegenheiten erariff Kollege Schmid das Schlusswort, in welchem er alle Mitglieder einlub, am 31. Mai bei der Eröffnung des Verbandstages und dem darauf folgenden Kommerz teilzunehmen. G. B.

Berlin I. Versammlung am 26. März 1908. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht die Vorsitzende die Mitteilung, daß die 1. Schriftführerin, Kollegin Fiebig, ihr soeben das Protokollbuch übergeben habe mit dem Bemerkten, daß sie ihr

Umt niederlege; es ist daher eine Neuwahl erforderlich und wünscht die Versammlung, dieselbe heute vorzunehmen. Alsdann erstattete Kollegin Teske Bericht über mehrere aus verschiedenen Gründen stattgefundene Druckereiverfassungen. Ein Vorkommnis in der Firma B. ist dem Schiedsgericht überwiesen worden. In der Firma S. S. H. handelte es sich um die Wahl einer Vertreterin an Stelle des früheren Mitgliedes Fräulein Geride, bei dieser Gelegenheit kam es zwischen den anwesenden Vorstandsmitgliedern und einem Teil der Kolleginnen zu heftigen Auseinandersetzungen, letztere sind der Meinung, daß der Ausschluß des Fräulein Geride zu Unrecht erfolgt ist, aufeinander sind dieselben jedoch von dem wahren Entlassungsgrund der Kollegin Wien, als Kontrollleurin der Ortskrankenkasse, sowie auch die näheren Umstände, unter welchen die Befegung der Stelle durch Fräulein Geride erfolgte, falsch unterrichtet worden. Sonst wäre ein solch leidenschaftlicher Ton wie in dieser Versammlung nicht zum Ausbruch gekommen, dies mag den Kolleginnen als Entschuldigung angerechnet werden. Die hierauf vorgenommene Wahl entfiel auf die bisherige 2. Schriftführerin, Kollegin Schüb. Da sich keine von den in Vorschlag gebrachten Kolleginnen entschießen konnte, das Amt als 2. Schriftführerin anzunehmen, so wird dieser Punkt bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Zur Statutenberatung erklärte Kollegin Teske, daß uns der Zentralvorstand die überaus schwierige Arbeit durch die Veröffentlichung seiner Abänderungsanträge bedeutend erleichtert habe. Der Vorstand habe nach eingehender Prüfung wenig zu ändern gefunden. Die Versammlung gab nach Kenntnisnahme der Abänderungsanträge ihre Zustimmung. Unter Verschiedenes wies Kollegin Teske auf unser am 28. März stattfindendes Stiftungsfest hin und ersucht um rege Beteiligung. Hierauf entspann sich eine längere Diskussion über die Entnahme von Pflichtbilletts, einige Kolleginnen der Firma S. S. H. wünschten den betreffenden Beschluß aufzuheben, stießen jedoch damit auf entschiedenen Widerspruch der Versammlung, welche besagten Beschluß aufrecht erhält, nur dadurch ist es möglich, die Ausgaben für das Arrangement des Stiftungsfestes und des Winterfestes zu bestreiten. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäußert, zum nächsten Winterfest ein ähnliches Arrangement wie in diesem Jahre zu treffen. Hierauf Schluß der Versammlung. A. Sch.

Berlin II. Mitgliederversammlung vom 29. März. Auf der Tagesordnung steht: 1. Mitteilungen, 2. Verbandsanträge, 3. Verschiedenes. Kollege Moritz teilt zunächst den Tod der Kollegin N. Schröder, W. Gutzke und O. Weich mit. Die Versammlung ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Anlässlich des Anstehens bei Ulstein sind dem Kollegen Kuhnert in gewerkschaftlicher Beziehung Vorwürfe gemacht, eine Vorstandsbesitzung beschäftigte sich mit diesen und wurde deren Haltlosigkeit festgestellt. Kollege Moritz ersucht hierüber die Kollegen, die leider entzerrtenen Gerichte nicht weiter zu verbreiten. Hierbei konnte nicht unerwähnt bleiben, daß sich ein Kollege schon damit beschäftigte, die Delegierten für den Verbandstag aufzustellen, ebenso die Vorstandskandidaten, wozu aber nur eine zu diesem Zweck einberufene Versammlung das Recht hat. Hiernach wird das Protokoll verlesen und angenommen und mitgeteilt, daß Kollege Jädicke infolge seiner überstandenen Krankheit das Amt als 2. Vorsitzender niederlegen mußte. Ein Rundschreiben des Zentralvorstandes kommt zur Verlesung, danach hat Zahlstelle II 10 Delegierte zum Verbandstag zu entsenden. In letzter Zeit häufen sich verschiedentlich die Fälle, daß einzelne Druckereikassierer nicht richtig abrechnen, der Vorstand mußte sich hiermit beschäftigen und hat hiergegen geeignete Maßnahmen getroffen. Hauptsächlich sollen die Kollegen vierwöchentlich ihre Bücher kontrollieren. Einem Kollegen wurden 25 Mk., zwei andern je 80 Mk. auf ihren dahingehenden Antrag aus dem Ueberfluß der Weihnachtssammlung bewilligt. Die Aufnahme eines Arbeiters Schill mußte abgelehnt werden, da derselbe nicht im Beruf tätig ist. Das Mitglied Sebermann wurde nachträglich mit 19 Mk. Resten ausgeschlossen, derselbe hatte sich seinen Kollegen gegenüber in unangenehmer Weise bemerkbar gemacht, wurde entlassen, ließ sich im Nachhinein nicht sehen, weshalb die gegen ihn gerechtfertigte Maßnahme in Vergessenheit geriet. Nach Bekanntgabe mehrerer Druckereiverfassungen kommt die Entlassung der Krankentrollleurin Wien bei der Ortskrankenkasse zur Sprache. Kollege Moritz teilt die Gründe der Entlassung mit und ermahnt unsere Delegierten, ihrer Pflicht eingedenk zu sein. Eine kombinierte Zentralvorstandsbesitzung mit allen drei Berliner Zahlstellenvorständen fand am 3. März wegen des vom Kollegen Moritz in voriger Ver-

sammlung gehaltenen Referats über den Zusammenschluß beider Zahlstellen statt. Es sollen in diesem Referat schwere Anschuldigungen des Zentralvorstandes der Zahlstelle I enthalten gewesen sein. Kollege Moritz erklärt, er habe kritisiert, aber die angeblichen Anschuldigungen sei Auflassungssache der Berichterstatter. Eine längere Diskussion ruft das Verhalten der Kollegen Weibisch und Hoppe in Sachen Kruschinsky in der „Woche“ hervor, beide kündigten nicht mit. Von einem Ausschluß wird Abstand genommen, beide erhalten eine scharfe Rüge. Beim 2. Punkt werden die vom Vorstand gestellten Ersatzanträge zum Verbandstag nach kurzer Diskussion angenommen. Nachdem Kollege Kufheld den einstimmigen Beschluß des Schiedsgerichts betr. Massenkündigung kritisiert, wird die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle II um 5 1/2 Uhr geschlossen. Ein sehr lehrreicher Lichtbildervortrag hält die Kollegen und deren Angehörige noch längere Zeit beisammen. W.

Berlin II. Die am 12. April stattgefundene 10. Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Aufstellung der Kandidaten zum Zahlstellenvorstand und die Wahl der Delegierten zum Verbandstag. Wie bei allen Vorstandswahlen zeigte auch hier eine längere Diskussion über das Auftreten des 1. Vorsitzenden ein, ein erfreuliches Zeichen für das in unseren Reihen kräftig pulsierende Gewerkschaftsleben. Nach zweitündiger oftmals scharfer Debatte wurden folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Vorsitzender A. Moritz, 2. Vorsitzender Kuhnert und Mahle, 1. Kassierer Baumgarten, 2. Kassierer Kruschinsky und Bentfert, 1. Schriftführer Weich, 2. Schriftführer C. Schulz, Weißer Gloth, Weibisch, Weber und Bergmann. Die Urabstimmung findet am 23. April von 5-9 Uhr bei Henning, Alexandrinenstraße 44, statt. Stimmzettel, welche nach dieser Zeit einlaufen, können nicht mehr angenommen werden. In die Zählkommission werden gewählt: Kollege Kobenberg, Freising, Rand, Spatholz, Reichert, Dlag, Kortmann, Herm. Schmidt und Krulik. Beim 2. Punkt werden zum Verbandstag als Delegierte gewählt vom Vorstand: Kollege Moritz, Mahle und Weich, von der Versammlung Kollege Gloth, Freising, Kuhnert, Rand, Fuß, C. Schulz und Röhl. Hiernach wird die Versammlung mit dem üblichen Hoch um 5 Uhr geschlossen.

Wegen der Auszählung der Stimmzettel am 23. April fällt die Bibliothekstunde aus und findet am Montag, den 27. April, statt. W.

Chemnitz. Versammlung vom 10. März 1908. Kollege Lindner eröffnet 9 Uhr die Versammlung und heißt die Erschienenen herzlich willkommen. Die Tagesordnung war folgende: 1. Anträge des Verbandsvorstandes zur Statutenänderung, 2. Diskussion über den ersten Punkt, 3. Verbandsangelegenheiten. Bei Punkt 1 werden alle Anträge bis auf einen angenommen und zwar soll beantragt werden: „Die Kollegen und Kolleginnen, die die Arbeitslosenunterstützung beziehen, haben sich täglich zu einer von den Ortsverwaltungen bestimmter Zeit und Person zu melden.“ Dieser Zusatz wurde einstimmig angenommen und so hatte sich auch der § 8 erledigt. Die nähere Begründung hierzu soll auf dem Verbandstag geschehen. Somit war der erste und der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt und man schritt zum dritten Punkt Vereinsangelegenheiten. Hierzu nimmt Kollege Lindner das Wort und teilt mit, daß wir erfreulicher Weise unser erstes Vergnügen gut abgeschnitten haben, wenn auch der Ueberfluß nicht so groß ist. Hoffentlich ist die Beteiligung, wenn wir wieder ein derartiges Vergnügen oder einen Ausflug veranstalten, noch stärker, damit der gesellschaftliche Verkehr und die Fröhlung unter einander besser ausgebaut wird. Weiter gibt Kollege Lindner bekannt, daß das beste System für das Kassieren die Druckereikassierer sind, um dadurch bestimmte zuverlässige Vertrauensleute zur Hand zu haben. Dann regt Kollege Lindner noch an, daß wir mit dem jetzigen Sozialbeitrag nicht mehr auskommen können, und es sich notwendig macht, den Sozialbeitrag zu erhöhen. Es wird vom Vorstand folgender Antrag eingebracht und einstimmig angenommen: Die Mitglieder der Zahlstelle Chemnitz verpflichten sich, vom 1. Mai 1908 den Sozialbeitrag von monatlich 10 Pf. auf wöchentlich 5 Pf. festzusetzen. Die zur Zahlstelle gehörigen Mitglieder haben die Beschlüsse derselben für sich als bindend zu betrachten. Nachdem der Antrag zu Gunsten der Zahlstelle angenommen, erinnert der Vorsitzende die Anwesenden, daß dieselben fleißige Versammlungsbesucher und gute Agitatoren für unsere Sache werden. T. L.

Darmstadt. Die Mitgliederversammlung am 23. März 1908 war wieder sehr schlecht besucht. Nach Eröffnung derselben fordert der Vorsitzende

die Mitglieder auf, sich zu dem am 29. März im Gewerkschaftshaus stattfindenden Tanzfränzchen zahlreich einzufinden. Weiter teilt er mit, daß der Arbeitsnachweis vom 1. April ab in Tätigkeit tritt. Die arbeitslosen Mitglieder können sich in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends bei Kollege Klinger in der Genossenschaftsdruckerei Bismarckstraße 19 melden. Darauf wurde der Ausschluß der Kolleginnen Krick und Weigand beantragt und von der Versammlung vollzogen. Die mittels geheimer Abstimmung vollzogene Wahl eines Delegierten zum Verbandstag in München zeitigt das Resultat, daß Kollege Menges als solcher ernannt wurde. Kollegin Gerhard gibt den Kartellbericht, auf Grund dessen an die neugegründete Bibliothek 10 Mk. bewilligt werden. Unter Verschiedenem gibt Kollege Klinger bekannt, daß die Steinbleicher in der Kunstanstalt Metz u. Laub einen eigens für diese Branche ausgearbeiteten Tarif bei der dortigen Firma eingereicht haben und ermahnt die dortigen Kolleginnen, sich doch auch dem Verbandsangehörigen, damit bei dem bevorstehenden Kampfe auch für sie eine Besserstellung ihrer jetzigen Lage erreicht werde. Bei der Firma L. Simon wurde laut Schiedsgerichtsbescheid die in den allgemeinen Bestimmungen festgelegte Arbeitszeit eingeführt. Des weiteren forderte Kollegin Gerhard die weiblichen Mitglieder auf, sich auch in der Partei zu organisieren, um jederzeit und nicht nur bei einem eventuellen Kampfe sich ihrer Pflicht als Frau und Gefährtin des Mannes bewußt zu sein. In einem Krankheitsfalle bittet Kassierer Menges bei Erhebung des Krankengeldes als Ausweis den Krankenschein der Ortskrankenkasse vorzulegen. Nachdem somit die Tagesordnung erledigt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß die weiteren nicht mehr einen solchen schlechten Besuch wie die heutige aufweisen mögen. A.-b.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am 6. März 1908. Ein außerordentlicher Besuch hatte diese Versammlung zu verzeichnen, selbst Kollegen von auswärts zeigten ihren guten Willen, nur die Kollegen der Neuesten Nachrichten sowie der Firma Blümlein u. Co. glänzen stets zur Abwesenheit. Nachdem das Protokoll verlesen, gibt Kollege Raß bekannt, daß unser Kassierer Kollege Thomas geschäftlich verhindert sei, anwesend zu sein, es wurde daher der Massenbericht des 4. Quartals zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Auch die Umänderung des Ortsstatuts wird nochmals auf Wunsch des Vorsitzenden bis nach dem Verbandstag vertagt. Sodann erstattete Kollege Raß Bericht von dem am 2. Februar d. J. in Berlin stattgefundenen Konferenz, hervorgehend aus der Münchener Tarifbewegung. Kollege Raß führte aus, daß der Abschluß ja nicht befriedigend sei, da man aber mit der schlechten Konjunktur rechnen mußte, was auch seitens unserer größten Zahlstellen bestätigt wurde, konnte man der Einigung durch den Hauptvorstand zustimmen. Zum Punkt 3 der Tagesordnung wurden die eingebrachten Anträge zum Verbandstag eingehend besprochen und der Vorstand beauftragt, dieselben dem Hauptvorstand zu unterbreiten. Im Verschiedenen wurde nochmals darauf hingewiesen, daß Billets zu den Volksvorstellungen sowie Saalbau usw. in der Volksstimme bekannt gegeben ist. Zum Arrangieren eines Sommerfestes sind einseitig die Kollegen Ripel, Lebbin und Gempin beauftragt, welche in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten haben. Mit dem Wunsche, die nächste Mitgliederversammlung noch zahlreicher zu besuchen als die heutige, schloß der Vorsitzende die Versammlung. M. G.

Hamburg. Versammlung vom 9. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung rügt Glarner den wiederum so schwachen Besuch der Versammlung. Es ist dies ein bedauerliches Zeugnis dafür, wie ininteressant die Kollegen und Kolleginnen den wichtigen Punkten auf der Tagesordnung gegenüber stehen. Alsdann referiert Kollege Nordmann über die Aufgaben des 4. Verbandstages. Er führt folgendes aus. Seit dem letzten Verbandstag ist die Mitgliederzahl ganz gewaltig gestiegen. Es gilt jetzt, die neu gewonnenen Mitglieder zu festigen. Mehr Arrangieren müssen von der Zentrale kommen, damit die Zahlstellenleitungen sich arbeiten können. Gute Vorbereitung vor allem ist Voraussetzung für einen Erfolg. In der Agitation ist hauptsächlich von den größeren Zahlstellen ganz bedeutendes geleistet worden. Unsere Stellung zu den verwandten Gewerben wird einer eingehenden Besprechung unterzogen werden müssen, was mit lebenswürdigen, nichtsjagenden Erklärungen nicht mehr abgetan sein kann. Wir sind heute eine Macht geworden, die auch ihr Recht verlangt und alle Mittel in Bewegung setzen wird, es zu erreichen. Unsere Solidarität soll und muß weiter

ausgebaut werden. Einen großen Raum wird bei den Verhandlungen die Tarifbewegung in Anspruch nehmen und werden auf diesem Gebiete die Erfahrungen und Erlebnisse ganz speziell dazu führen, daß in der Zukunft für die Mitglieder bedeutend mehr Verbesserungen erreicht werden können. Die Anträge des Vorstandes werden einstimmig angenommen. In einer der nächsten Versammlungen sollen die Anträge des Vorstandes beraten werden. Es wird noch beschlossen, am 12. Juli 1908 eine Bahnfahrt nach Altmühle, Bergedorfer Schleiße zu machen. Hierauf Schluß der mäßig besuchten Versammlung. M. K.

Sannover. Mitgliederversammlung am 17. März 1908. Nachdem das Protokoll von der letzten Mitgliederversammlung gelesen war und sich kein Widerspruch dagegen erhob, erteilte Kollege Spartzahl dem Genossen Rebafter Heinrich Schneider das Wort zu seinem Vortrage über „Gegnerische Gewerkschaften“. Redner verstand es, in seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen an der Hand reichhaltigen Materials nachzuweisen, wie schädlich die gegnerischen Gewerkschaften bei Kämpfen der freien Gewerkschaften sein können und daß daher nur die freien Gewerkschaften christlich bemüht wären, für die Unterdrückten einzutreten. Wie die Ausführungen von den Anwesenden aufgenommen wurden, zeigte der reichhaltige Weifall aller. Kollege Spartzahl ergänzte die Ausführungen noch kurz und betonte, wer es ehrlich mit der Organisation meine, müsse durch das Referat so überzeugt sein und dafür streben, uns immer noch mehr Anhänger zuzuführen. Die Abrechnung vom Koppenfeste ergab eine Einnahme von 185,60 Mk., Ausgabe 102,80 Mk., bleibt ein Ueberschuß von 82,80 Mk. Im Verschiedenen wurde bekannt gegeben, daß in den nächsten Tagen eine Statistik aufgenommen werden soll und bittet Kollege Spartzahl, diese Vogen wahrheitsgetreu auszufüllen, um einmal ein genaues Resultat zu bekommen. Weiter machte Kollege Spartzahl auf die nächste Versammlung aufmerksam, da in derselben die Beratung der Anträge zum Verbandstage sowie die Wahl der Delegierten auf der Tagesordnung ständen; es muß Aufgabe der Kollegen und Kolleginnen sein, dafür zu sorgen, daß diese Versammlung noch zahlreicher besucht wird. Hierauf schloß Kollege Spartzahl die von ca. 80 Personen besuchte Versammlung um 10 1/2 Uhr. P. W.

Seibronn. Am Montag den 30. März fand unsere erste Generalversammlung, die infolge Krankheit des Vorsitzenden etwas verspätet abgehalten werden mußte, statt. Die Versammlung hätte besser besucht sein dürfen, namentlich fehlten die männlichen Mitglieder. Aus dem Rechenschaftsbericht ist zu ersehen, daß seit der Gründung bis zum Januar vier Mitglieder, eine öffentliche Versammlung und vier Ansuchen-Sitzungen stattfanden. Unsere Mitgliederzahl war bescheiden, dieselbe ist aber wieder etwas zurückgegangen. Nach einer aufgenommenen Statistik sind in den hiesigen Buchdruckereien 23 männliche und 86 weibliche Kollegen und Kolleginnen beschäftigt, so daß die Zahl der in Betracht kommenden in Buch- und Steindruckereien 180 beträgt. Der Kassenbericht wies eine Einnahme von 139,15 Mk. auf. An die Verbandskasse konnten 88,58 Mk. abgeführt werden. Bei Punkt Neuwahlen wurde Kollege Schwan wieder einstimmig als Vorsitzender und Kassierer gewählt, als Schriftführer Kollegin Amalie Ganzhorn, in den weiteren Ausschüß die Kolleginnen Bühler, Groß und Minna Ganzhorn. Während der Abwesenheit des Kollegen Schwan wird die Geschäfte des Verbandes Kollege Britsch besorgen. Weiter machte der Vorsitzende Mitteilung über unsern Tarif, der von den Prinzipalen abgelehnt wurde, weil sie ohne Tarif ihre Leute schon gut genug bezahlen. Es wird und muß die erste und wichtigste Aufgabe sein, möglichst alle Kollegen und Kolleginnen in unsere Organisation zu bringen. Nur dann können wir etwas anrichten, dabei könnten die Buchdrucker vieles für uns tun. Unter Verschiedenem wurde noch ein Mißstand bei der Firma Krämer und Schell besprochen, wo verschiedene Maschinenmeister das Hilfspersonal ersetzen, dem verbroch der Vorsitzende abzuhelfen. Angeregt wurde auch, möglichst der hiesigen Frauenorganisation beizutreten. Nach einem Schlußwort des Kollegen Schwan, immer neue Mitglieder dem Verbandsbezugzuführen und in der Agitation unermüßlich zu sein, wurde die Versammlung um 3 1/2 Uhr geschlossen. U. G.

Zahlstelle Leipzig. Am Dienstag, den 17. März, fanden in Leipzig drei Bezirksversammlungen statt mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Anträgen des Vorstandes, 2. Bericht über die Anträge zum Paritätischen Arbeitsnachweis, 3. Ein beabsichtigter Tarifbruch des Vereins Leipziger Buchdruckereibesitzer. Im

Tivoli referierten die Vorstandsmitglieder Herrmann, Köfer und Maria Vieweg, im Löwenpark Stötteritz die Kollegen Köhler, Glas und Hellwig, im Pantheon die Kollegen Rohlf, Schulze und Lisbeth König. Die Versammlungen im Löwenpark und Pantheon waren gut besucht, die städtische im Tivoli ließ zu wünschen übrig. Zu den Anträgen des Vorstandes führten die Referenten aus, daß mehrfache Gründe dringender Natur für die beantragte Beitrags- und Unterstützungsänderungen sprechen und daß es gut wäre, die Mitglieder auf die Annahme ähnlicher Beschlüsse schon heute vorzubereiten. Einige geringfügige Abänderungsanträge gerechter Natur dürften an dem ganzen Entwurf des Hauptvorstandes nichts ändern. Mit dem besonderen Hinweis der Referenten, daß für die Leipziger Mitgliedschaft eine Beitragserhöhung fast gar nicht verbunden ist, da man viele Sätze und noch darüber hinaus heute schon zahlt, befriedigten die Versammelten und konnten schwierige Redenten mit Ausnahme einiger Abänderungen nicht zum Ausdruck. Zum Paritätischen Arbeitsnachweis wird angeführt, daß dieser Teil des Tarifes viel schwerer als die Tarifröhne sich einführt. Es ist aber ein Irrtum, wenn Mitglieder in scheinbaren Lebensstellungen den Punkt Arbeitsnachweis selbst ignorieren und die arbeitslosen Mitglieder um manche Stelle durch Freundestreife bringen. Das Schiedsgericht hat bis jetzt jede Umgehung des Nachweises durch Faktore und Prinzipale aufs schärfste verurteilt, jedoch müssen auch die Kolleginnen sich mehr an den Nachweis wenden, sonst muß auch hier mit launem Druck nachgeholfen werden. Zur weiteren Zahlung ist die Mitgliedschaft verpflichtet, wenn die von uns beschlossenen gerechtfertigten Abänderungsanträge der Generalversammlung genehmigt und durchgeführt werden. Der Verein der Buchdruckereibesitzer hat sich hiermit anfangs dieses Monats beschäftigt, sobald die übrigen Prinzipalvereine hierzu getagt, wird die gemeinsame Arbeitsnachweis-Kommission tagen und nach den gemachten Erfahrungen hoffentlich einer durchgreifenden Änderung zustimmen. Eine beengende Erregung verurteilte der Punkt Tarifbruch des Vereins Leipziger Buchdruckereibesitzer, die der Schule entlassenen Mädchen durch vorgedruckte Lehrkontrakte auf drei Jahre an die Lehrstelle zu fesseln und zwar soll laut Kontrakt gezahlt werden: Im ersten Jahre 5,50—6,50 Mk., im zweiten 6,50—7,50 Mk., im dritten 7,50—8,50 Mk. Seit Tarif darf die Lehrzeit der Anlegenden ein Jahr nicht übersteigen. Da jedoch dieser Lehrvertrag noch ein Geheimnis ist, kann öffentlich hierzu noch nicht Stellung genommen werden. Dieser Punkt ruft eine empörte Debatte hervor, jedoch ermahnen die Referenten die Kollegen und Kolleginnen dahin, sich kampfbereit zu halten, noch sind die Tarifsinstanzen nicht angerufen. Sollten diese wider Erwarten versagen, werden die Leipziger Mitglieder mit der Aufhebung der übrigen Punkte dem Leipziger Buchdruckereibesitzer-Verein beihilflich sein und Tarifbruch mit Tarifruch beantworten. Eine diesbezügliche Beschlusfassung mußte bis zur nächsten öffentlichen Zahlstellen-Versammlung verlegt werden. Die Ortsverwaltung erhielt den Auftrag, die Leipziger Einwohnerschaft rechtzeitig von diesem Agentenunknistücken zu unterrichten und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für genügende Aufklärung zu sorgen.

Leipzig. Die gutbesuchte Mitgliederversammlung am 11. April setzte die Beratung der Anträge zum Verbandstage fort. Kollege Schulze unterwirft die nunmehr insgesamt vorliegenden Anträge der Zahlstellen mit denen des Hauptvorstandes einer Kritik und kommt zu dem Schluß, daß die letzteren als die praktikabelsten erscheinen. § 2. Eine Titeländerung hält Kollege Schulze gleichfalls für angängig. Die Delegierten Leipzigs haben sich noch nicht auf einen bestimmten Wortlaut festgelegt, doch sei ein geeigneter Vorschlag, der alles treffen, wohl annehmbar. Er weist darauf hin, daß bei den verschiedenen Öhnen mit drei Klassen wohl nicht mehr auszukommen ist. Zum Antrage Wählhausen zu § 7 könne dahin ergänzt werden, daß nach 26 Wochenbeiträgen 20 Tage, nach 52 Beiträgen 40 Tage, nach 104 Beiträgen insgesamt 60 Tage lang Arbeitslosenunterstützung gezahlt werde. Dies sei für die weiblichen Mitglieder von großem Interesse, aber auch für männliche agitatorisch sehr wirksam. Bei Streitunterstützung sei eine Einschränkung der Kinderzahl zu Gunsten der höher entlohnenden abzulehnen, dagegen eine Reiseunterstützung zu bekräftigen. Für eine Invalidenunterstützung sei die Zeit wohl

noch nicht gekommen, da dieselbe gesetzmäßig garantiert werden müßte und somit die Gelber getrennt verwaltet werden. Den Ausführungen des Kollegen Schulze wird im wesentlichen zugestimmt. Kollege Bentler wünscht zum Antrage des Hauptvorstandes zu § 10, betreffend die Arbeit nach anderen Orten nachweisen, daß dabei die besonderen Umstände berücksichtigt werden mögen. Zu Punkt 2 der Tagesordnung teilt Kollege Schulze mit, daß durch das Ausschreiben der Kollegen Herrmann und Kretschmar aus der Verwaltung sich verschiedene Ersatzwahlen notwendig machen. So sei an Stelle des Kollegen Kretschmar der Kollege Hellwig Vorsitzender des Tarifschiedsgerichts, dafür Kollege Seidel in das Schiedsgericht nachgerückt. Für die Verwaltung sind zwei Ersatzmitglieder zu wählen. Es werden die Kollegen Jahnert einstimmig und Seidel gegen einige Stimmen hierzu gewählt. Als Ersatzmann zum Schiedsgericht wird Kollege Bernhard Böhm ernannt. Als Ersatzdelegierte zum Verbandstag wird Kollege Glas einstimmig und Kollege Seidel gegen einige Stimmen gewählt. An Stelle des in die Verwaltung gerückten Kollegen Glas wird Kollege Billig als Revisor bestimmt. Unter Verbandsangelegenheiten teilt Kollege Schulze mit, daß die wegen unkollegialen Verhaltens zum Ausschluß empfohlene Kollegin Rinke in Firma Langner der Versammlung vorgegriffen und ihren Austritt erklärt habe. Der Kollegin Bestner ist von der Verwaltung die Unterstützungsabgabe verweigert, da dieselbe zwei ihr nachgewiesene Stellen nicht angenommen hat. Der Vater der Bestner, ein organisierter Holzarbeiter, habe in einer Vorstandssitzung auf Zahlung der Unterstüßung gebrungen und nachdem ihm dieses verweigert, mit weiteren Schritten in dieser Sache gedroht. Bei Pinfau haben sich die Buchbindere-arbeiterinnen durch die Hilfe eines Buchbinders bei uns organisiert. Da der betreffende Buchbinder für diese Agitation entlassen worden, sind ihm von unserem Verbandsvorstand 15 Mk. Unterstüßung bewilligt worden. Da ein vom Kollegen Schulze an die Solidarität eingeschickter Artikel über das Verhalten der Firma Köber ihren verunglückten Arbeitern gegenüber wegen Raum-mangel von der Redaktion zurückgestellt worden, und da es auch der Situation vor dem Verbandstage entspreche, so stellt die Versammlung den Antrag: der Verbandsvorstand möge die Solidarität bis zum Verbandstage alle 8 Tage erscheinen lassen. Dieser Antrag findet einstimmige Annahme. Ferner teilt Kollege Schulze mit, daß Arbeiterführer und Maifestarten im Bureau zu haben sind. In Sachen des Lehrvertrages für Buchdruckeranlegerinnen, den wir als Tarifruch ansehen, ist mitzuteilen, daß die Unternehmer durch unseren Protest sich veranlaßt sehen, von einer dreijährigen auf eine zweijährige Lehrzeit herabzugehen. Doch muß es unsere Aufgabe sein, den Lehrvertrag ganz aus der Welt zu schaffen und event. Tarifbruch mit Tarifruch zu beantworten. Den Lengnerischen Kolleginnen, welche wegen Arbeitsmangel ausbleiben müssen, aber von ihrer gesetzlichen Kündigungsfrist keinen Gebrauch machen wollen, um bei besserer Konjunktur in der Druckerei ihre Agitation weiter ausbauen zu können, wird für dieses Verhalten ein Zuschuß von 10 Mk. aus der Ortskasse bewilligt und ihre Opferwilligkeit als musterbildig hingestellt. Die Versammlung beschließt hierauf, in diesem Jahre ein Kinderfest und einen Sommernachtsball abzuhalten. Für das Kinderfest ist der Gutspark in Pannsdorf in Aussicht genommen. Für den Sommernachtsball wird der Albertgarten als geeignetes Lokal ins Auge gefaßt. Hierauf verliest Kollege Schulze ein Antwortschreiben der Firma C. G. Köber auf die von der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Firma übermittelten Resolution. Eine Geschäftsversammlung wird sich mit dieser Antwort in den nächsten Tagen beschäftigen. Nach verschiedenen Gerüchten ist zu vermuten, daß Kollege Schulze eine Beleidigungs-klage der Firma zu gewärtigen hat, desgleichen von C. Grumbach. Zum Schluß wird auf Antrag des Kollegen Glas dem Festkomitee des Stiftungsfestes eine Entschädigung von 20 Mk. bewilligt. F. L.

Strahburg. Die Versammlung am 23. März war ziemlich gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wie soll die zukünftige Ausgestaltung unseres Verbandes vor sich gehen? Referent A. Schmid, Gauleiter aus München. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Hierauf ergreift Kollege A. Schmid das Wort zu seinem Referate. Er gibt zuerst einen kleinen Rückblick auf die früheren Verhältnisse der Organisation und weist auf das Bestreben der verschiedenen Druckereien hin, soviel männliche Hilfsarbeiter wie möglich durch weibliche zu ersetzen. Hierauf nimmt Redner Stellung zu den Anträgen des

Hauptvorstandes auf dem nächsten Verbandstage und stellt sich auf den Standpunkt, daß die Unterstufungssummen etwas geschmäleret werden sollten, damit die Kasse in den nächsten Jahren einen großen Fond sammeln könnte, damit der Verband nicht einmal in die unangenehme Lage kommen sollte, bei einem etwa ausbrechenden größeren Streik nicht aushalten zu können. Auch gegen die Schmälerung des Selbstverwaltungsrechtes der einzelnen Zahlstellen seitens des Hauptvorstandes wendet sich der Referent. Das System der sogenannten Driedeberger bezieht Kollege Schmid in recht drastischer Weise. Ferner beantragt derselbe noch, den bisherigen Namen des Verbandes umzuändern zu haben in „Graphischer Hilfsarbeiter-Verband“. Zum Schluß fordert er noch sämtliche Anwesenden auf, so viel wie möglich zu agitieren, damit die wenigen Indifferenten auch noch dem Verbande zugeführt werden können. Der 1. Vorsitzende dankt dem Referenten für das vortreffliche Referat, worauf er zum 2. Punkte der Tagesordnung übergeht. Kollege Geißler tritt auch für die Umänderung des Verbandsnamens in Graphischer Hilfsarbeiter-Verband ein, damit man auch in der Lage sei, sämtliche Hilfsarbeiter aufzunehmen, wie zum Beispiel Lager- und Expeditionsarbeiter, Packer usw. Kollege Burckhardt spricht auch über die Schmälerung des Selbstverwaltungsrechtes der einzelnen Zahlstellen. Kollege Wolff spricht noch über verschiedene Anträge des Hauptvorstandes und kommt dann auf die Verhältnisse der Druckerei Nischbach zu sprechen. Der Redner fordert die anwesenden Mitglieder der betreffenden Firma auf, rege zu agitieren und sie auf die in nächster Zeit stattfindende Druckereiversammlung aufmerksam zu machen. Auch soll eine Druckereiversammlung der Straßburger Post stattfinden, wozu sämtliche Lagerarbeiter, Packer usw. eingeladen werden sollen. Im 3. Punkte Neuaufnahme haben sich 4 Mitglieder gemeldet, 3 weibliche und 1 männliches. Die Versammlung schließt hierauf mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband um 7/10 Uhr.

Zwickau. Am 29. März fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Dieselbe hatte sich wegen des Verhaltens der Kolleginnen von Förster u. Horries gegenüber der Organisation, teils infolge eines Rundschreibens vom Zentralvorstand notwendig gemacht. Zum ersten Punkte führte Kollege Mehnert folgendes aus: Mit den Kolleginnen der Dffizin Förster u. Horries haben wir uns schon des öfteren zu beschäftigen gehabt. Schon mehrmals war die Organisation in diesem Betriebe in Frage gestellt. Alle Mittel wurden verucht, um dort festere Fuß zu fassen, leider vergeblich. Auch dieser Tage ging einem Vorstandsmitglied die Meldung zu, daß sämtliche Kolleginnen aus der Organisation austreten. Die Dffizin F. u. B. ist die größte in Zwickau und beschäftigt je nach der Saison 75—90 Kolleginnen, zu 10 Prozent waren dieselben aber leider nur organisiert. Diese Firma ist aber auch in bezug auf Lohn und Arbeitsverhältnisse tonangebend in Zwickau und es kann uns nicht gleichgültig sein, den Einfluß dort zu verlieren. Daß diese Ausstritte bei der Firma F. u. B. auch auf andere Kolleginnen wirken, war klar. Wir mußten dazu Stellung nehmen, um nicht die gesamte Organisation in Zwickau in Frage zu stellen. Aus der Dffizin F. u. B. war keine einzige Kollegin erschienen. Kollege Mehnert stellte diesen Punkt zur Diskussion. Kollege Vogel-Crimmitschau, der auf Einladung seitens des Ortsvorstandes erschienen war, erklärte, daß der Schritt der Kolleginnen von F. u. B. zwar sehr tief bedauerlich sei, die anderen Mitglieder sollen jedoch darum den Kopf nicht hängen lassen. Ohne Kampf kein Sieg. Auch in Zwickau komme noch einmal die Zeit, wo es besser vorwärts gehe. Er wendet sich dann gegen den Vorschlag des Kollegen Mehnert, der dahin geht, die Zahlstelle Zwickau aufzulösen und als Einzelmitglieder nach Crimmitschau zu zahlen. Nicht die Zwickauer Kollegenschaft sei in dieser Frage kompetent, sondern nur einzig und allein der Hauptvorstand. Er verurteilt ferner das rabiatte Vorgehen des Kollegen Mehnert bei der Gründung der Zahlstelle, die gelernten Berufe soll man nicht vor den Kopf stoßen. Er machte den Vorschlag, der auch angenommen wurde, nochmals mit den Vertretern der gelernten Berufe zusammen zu kommen, um dann gemeinsam diese Materie zu beraten. Kollege Anderleit findet den Vorschlag Vogels akzeptabel, erklärt aber Vogel gegenüber, betr. des Kollegen Mehnert, daß derselbe jetzt eine bessere Stellung zu der Frage einnehme, was ja auch von Seiten der Maschinenmeister anerkannt würde. Beim zweiten Punkt gab Kollege Mehnert die Vorschlagsbedingungen betr. die Wahl eines Delegierten zum

Verbandstag in München bekannt. Er betont, daß wir den Delegierten betreffs der Statutenänderung keinesfalls binden, sondern denselben in allen diesbezüglichen Fragen vollständig freie Hand lassen. Aber in einem Punkte und das ist Ehrenpflicht einer jeden Zahlstelle, die Delegierten unbedingt zu binden, die Angelegenheit Krumpfer-Dresden aus der Welt zu schaffen. Er teile nicht die Auffassung der Ortsverwaltung von Dresden, daß diese Angelegenheit lediglich nur Sache der Dresdener Kollegenschaft sei. Im Gegenteil, diese Frage oder besser gesagt der Skandal sei nur durch den Verbandstag zu regeln. Wenn sich derartige Vorgänge wiederholen, und das gilt auch für die Fälle wie Ullstein-Berlin, dann muß unbedingt tabula rasa gemacht werden. Leute, die eine derartige Sympthusaarbeit leisten, sollten sich doch lieber auf ihren Hosenboden setzen und Gewerkschaftsbewegung studieren. Auf jeden Fall also muß der Verbandstag die Schuldigen ermitteln und wer das ist, darüber sind sich wohl fast alle Kollegen und Kolleginnen klar. Daß Kollege Herrmann-Dresden einen großen Teil Schuld an dieser Affäre trägt, das beweist nur Genüge sein annahmender Ton, dessen er sich zu bedienen beliebt. *Men culpa* (durch eigene Schuld) das gilt auch für ihn, wenn der Verbandstag in dieser Sache sein Votum abgibt. Kollege Vogel-Crimmitschau gibt gleichfalls in längeren Ausführungen seine Entrüstung kund gegen die Maßregelung Krumpfers, betont hierbei, daß die Delegierten bei der Beratung des Antrages, die Sozialbeamten aus Verbandsmitteln zu bezahlen, Gelegenheit haben, über diesen Punkt sich zu äußern. Im übrigen bedarf sich seine Ausführungen mit denen des Kollegen Mehnert. Auf Vorschlag des Kollegen Anderleit wird Kollege Mehnert als Delegierter in Vorschlag gebracht.

Rundschau.

Aufruf an die Eltern und Vormünder! Vorsicht bei Abschluß von Lehrverträgen. Handwerkskammern und Innungen vieler deutscher Städte versuchen, in die Lehrverträge Klauseln zu bringen, die den Lehrlingen das Vereinigungsrecht rauben sollen. Das Recht, sich gegen wirtschaftliche Ausbeutung und geistige Unterdrückung zu schützen, soll der Jugend der Arbeiterchaft genommen werden. Gegen dieses dreifache Unterfangen gilt es, einen energischen Kampf zu führen, an dem die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands teilzunehmen soll und ihren Kindern gegenüber verpflichtet ist. Bevor man einen Lehrvertrag unterzeichnet, prüfe man ihn genau, und solche mit genannter Klausel weise man entrüstet zurück. Nicht ein einziger dieser Entrechtungsverträge darf abgeschlossen werden. Wenn sich die Innungskrauter wieder einmal über den Lehrlingsmangel im Handwerk beklagen, dann sollten sie bedenken, daß sie es selbst sind, die die Lehrlinge vom Handwerk fernhalten. Diese Bekämpfung der freien Jugendorganisation zeigt nur, welche Bedeutung sie für die Arbeiterchaft haben, deren Pflicht es ist, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter zum Eintritt in die freien Jugendorganisationen zu veranlassen, die die arbeitende Jugend fachlich und geistig gut ausbilden und sie vor Uebergriffen der Meister schützen. Dort wo noch keine freie Jugendorganisation besteht, und solche zu gründen beabsichtigt wird, wende man sich an die Redaktion der „Arbeitenden Jugend“ (Max Peters), Berlin C. 2, Stralauerstraße 13/14, III.

Die Arbeiter-Bildungsschule Berlin Schullokal Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Tr.) veröffentlicht ihren Lehrplan für das 2. Quartal 1908: Montag: Gesehskunde. Die Entwicklung des neueren deutschen Rechts. Bis zur Gründung des Deutschen Reichs. Vortragender: Simon Rahenstein. — Montag: Geschichte. (Aus der Geschichte der politischen Parteien in Deutschland.) Vortragender: Julian Borchardt. Dieser Kursus findet in Steglitz bei Schellhale, Hornstr. 15a, statt. — Dienstag: Rednerschule. Vortragender: Max Grünwald. — Donnerstag: Nationalökonomie. (Theorie und Methode der Statistik.) Vortragender: Max Grünwald. — Sonnabend: Geschichte. (Geschichte des Wahlrechts und der Wahlrechtsbewegungen.) Vortragender: Dr. A. Conrady. — In Berlin beginnt der Unterricht in Gesehskunde: Montag, den 6. April; Rednerschule: Dienstag, den 7. April; Nationalökonomie: Donnerstag, den 9. April; Geschichte: Sonnabend, den 11. April; Geschichte in Steglitz: Montag, den 6. April. Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet

pünktlich um 12 1/2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Vorkingstr. 37; Jährow, Ravenstr. 6; Horst, Engel-Ufer 15; Schellhale, Steglitz, Hornstr. 15a. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Otto Geißler, Berlin N.D. 18, Friebrichstr. 70 III, rechts, Selbständigen am den Kassierer S. Königs, Berlin S. 59, Hagenheide 56, zu senden.

Unterrichtskurse für Arbeiter veranstaltet von der Freien Studentenschaft der Universität Berlin. (Sommer 1908. Ähtes Halbjahr.) Die studentischen Unterrichtskurse für Arbeiter und Arbeiterinnen wollen den Hörern, besonders älteren Arbeitern, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, zu einer gründlichen Ausbildung in den elementaren Unterrichtsfächern, in Deutsch, Rechnen, Geometrie, Geographie und Schönschreiben Gelegenheit bieten. Der Unterricht wird von Studenten der Berliner Universität erteilt. Der Stundenplan wird bei der Anmeldung bekannt gemacht. Nähere Mitteilungen über die Art des Unterrichts und die Organisation des Unternehmens erhalten die Teilnehmer auf einer allgemeinen Hörerversammlung, die am Donnerstag, den 30. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des Zentralarbeitsnachweises, Eingang Gormannstraße 13, stattfindet. Beginn des Unterrichts am 4. Mai. Ende in der zweiten Woche des August. Zur Deckung der Unkosten wird für jeden Kursus ein einmaliger Betrag von 50 Pf. erhoben; außerdem in den Rechnerkursen, in den deutschen Kursen 1—3, im Arbeiterversicherungskursus, in Geometrie und Geographie für Lehrmaterial 25 Pf. Die Bezahlung des Kursgeldes und der Lehrmittel muß bei der Anmeldung erfolgen. Die Kurse finden statt im Gebäude des Zentralarbeitsnachweises, Rüdigerstr. 9, in der 63. Gemeindefschule, Gipsstr. 23a (5 Minuten vom Bahnhof Börje), in der Friedrich-Werderischen Oberrealschule, Niederwallstr. 12 (am Spittelmarkt) und in der VII. Realschule, Mariannenstraße 47 (am Heinrichsplatz). Für die in Charlottenburg und Moabit wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen berweisen wir auf die Freien Fortbildungskurse für Arbeiter der Wissenschaft der Technischen Hochschule, die ebenso Gelegenheit zu einer gründlichen Ausbildung in den elementaren Unterrichtsfächern bieten. Der Unterricht wird in der Gemeindefschule III, Schloßstr. 2 (Charlottenburg) erteilt. Programme sind bei Herrn A. Kaufmann, Charlottenburg, Röntgenstr. 10, 1 Treppe links, zu haben. Die Anmeldungen zu allen Kursen (auch denen der Gipsstr., Niederwallstr. und Mariannenstr.) werden am 27., 28., 29. April abends 8—9 1/2 Uhr Rüdigerstr. 9, linker Seitenaufgang, Parterre (Kantine) entgegengenommen. Die Hörer des vorigen Halbjahres können sich schon am 23. und 24. April, abends 8—9 1/2 Uhr, melden, damit sie den Kurs, den sie belegen wollen, nicht befeht finden. Schriftliche oder spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Doch können sich diejenigen, die an den Anmeldeabenden verhindert sind, zu kommen, durch Bekannte anmelden lassen. Ausnahmebewerbe werden auch noch bei der Hörerbersammlung, die am Donnerstag, den 30. April, im großen Saal des Zentralarbeitsnachweises, Gormannstr. 13, stattfindet, Anmeldungen entgegengenommen — nicht aber an den Unterrichtsabenden. Außer den Kursen finden gelegentlich Theaterbesuche, Museumsführungen und Ausflüge statt. Anfragen und schriftliche Mitteilungen sind zu richten an den Vorsitzenden des Arbeiterausschusses, Herrn Ernst Schmidt, D. 17, Gangestraße 60, IV, bei dem auch Programme in beliebiger Anzahl — auch auf schriftliche Bestellung zu haben sind.

Die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin wird in einigen Monaten in das eigene Heim Waldbergstraße 41 (unweit der Köpenickerstraße) übersiedeln. Bis dahin bleibt die Lesehalle noch in den alten Räumen Alexandrinenstraße 26 dem Publikum in der bisherigen Weise zugänglich. Die Ausleihen-Bibliothek bleibt dagegen bis auf weiteres geschlossen.